

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostfälische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung: Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischgräb, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Petitzelle 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezelle 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richter[scheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 29

Bad Schandau, Freitag, den 4. Februar 1927

71. Jahrg.

Erklärung der neuen Regierung

Das Kabinett vor dem Reichstag.

s. Berlin, 3. Februar.

Um das Reichstagsgebäude und besonders an den Eingängen drängte sich eine ziemlich Menge Publikum. Ob die Neugierigen hofften, recht bald etwas von der drinnen vor sich gehenden Regierungserklärung zu erfahren, oder ob sie einfach bewundern wollten, wie die in Kompagniekräfte aufmarschierten Photographen die anjahrenden neuen Minister abknipften, ließ sich nicht feststellen. Im Sitzungssaal selbst schien das Interesse in seiner Beziehung so groß zu sein. Viel leere Bänke, namentlich auf der rechten Seite, wohl verursacht durch die gerade vor sich gehende große landwirtschaftliche Woche. Die Ministerbank ist natürlich vollzählig, andere Gesichter statt der verschiedenen, viel Befolge von Sekretären, Räten der verschiedensten Ordnung, Landesministern usw. Beim Beginn der Rede des Kanzlers befinden sich fast mehr Menschen auf den Tribünen und in den Diplomatengängen als unten im Saal. Einiges Geflüster der Kommunisten, dann der gleichmäßig eine Stunde dahinführende Vortrag des Kanzlers, der allerlei Bemerkenswertes, kaum aber etwas absolut Neues brachte. Fast zuviel der Worte — die Stimme des Reichskanzlers zum Schluß merklich erschöpft. Zwischen durch einige Ordnungsrufe an die mit lärmenden Zurufen nicht sparenden Kommunisten. Ein großes „Ah“ ging lebendig durch das Haus, als Marx betonte, die jetzige Regierung werde die dargelegten Richtlinien streng befolgen, wenn auch einige der stehenden Parteien früher vielleicht anderer Meinung gewesen seien. Als der Kanzler seine Papiere zusammengepackt hatte, wurden die eingegangenen Mißtrauensanträge verlesen — besonders derjenige der Demokraten schien Aufsehen zu erregen. Dann bestieg der sozialistische Führer Müller-Franken das Podium und eröffnete den Reigen der Diskussionsredner, unter denen der ihm folgende Graf Westarp von den Deutschnationalen die größte Aufmerksamkeit im Hause fand.

Sitzungsbericht.

(262. Sitzung.)

OB. Berlin, 3. Februar.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung und verliest die amtliche Ministerliste. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Hädel (Komm.) die Behandlung der kommunistischen Interpellation über die Wohnungsnot und den Achtfundentag. Abg. Forstler (Komm.) fordert Behandlung der Kontorbarsfrage. Eine Verbindung dieser Fragen mit der Regierungserklärung ist unzulässig.

Reichskanzler Dr. Marx:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, ist sich einig, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Sie wird entsprechend der feierlichen Erklärung des Herrn Reichspräsidenten in dem an mich gerichteten Briefe vom 20. Januar, daß die neue Reichsregierung getreu der

geltenden Weimarer Verfassung

für das Wohl des Vaterlandes arbeiten solle, ihr gesamtes politisches Handeln einstellen. So soll es auch bleiben. Es ist der feste Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsorgane, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommen. Es ist daher auch die selbstverständliche Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen dieses hohen Hauses, daß Abänderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden müssen.

Jeden Versuch gewaltsamer oder sonst ungesetzlicher Abänderung wird die Reichsregierung als Hochverrat ahnden. Insbesondere wird sie auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen. Wie sie von allen Deutschen Achtung der Reichsverfassung verlangt, so gilt diese Treupflicht — selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung — vor allem für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten. Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung soll auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre gezollt werden. Wenn uns in diesem Zusammenhang ein weiterer Blick in die Vergangenheit gestattet sei, so sehen wir, daß unsere ganze heute bestehende Kultur auf christlicher Grundlage erwachsen ist. Aus diesem Mutterboden heraus

muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen

Reichsschulgesetz.

Die Grundlage dieses Gesetzes ist die Reichsverfassung. Nach deren Wortlaut und Sinn müssen die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt und die Erteilung des Religionsunterrichts in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft, unbeschadet des Aufsichtrechts des Staates, gesichert werden. Auch ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen. Der Reichskanzler betont wiederholt die verantwortungsvolle Stellung der Beamten gegenüber der Verfassung und sagt dann zur

Finanzlage des Reiches.

es sei im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft am Wiederaufbau Deutschlands zu fördern, ohne daß die Grundzüge einer gesunden Finanzgebarung zurückgestellt zu werden brauchten. Auch in Zukunft wird es das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. Freilich bedarf es dazu äußerster Sorgfalt, um nicht gegenüber den vorhandenen Einnahmemöglichkeiten in Schwierigkeiten zu kommen. Der Herr Reichsminister der Finanzen wird Gelegenheit nehmen, bei der ersten Lesung des Haushaltsplans 1927 auf die hiermit im Zusammenhang stehenden Probleme näher einzugehen. In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch das

Problem des Finanzausgleichs

einzufügen sein, das eine innenpolitische Frage von hervorragender Bedeutung darstellt. Dem hohen Hause liegt der Entwurf eines Gesetzes über einen provisorischen Finanzausgleich vor, dessen baldige Verabschiedung dringend erwünscht erscheint. Darüber hinaus wird es das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Übereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herbeizuführen.

Der Wehrmacht

wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit größtem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und in allen Parteien zu festigen.

Das Heer muß dem politischen Kampf ein für allemal entzogen werden. Das von mir an dieser Stelle am 16. Dezember 1926 entwickelte Programm einer enghaltigen Lösung der Reichswehr von aller Politik wird ohne Einschränkung zur Ausführung gebracht. Ich wiederhole im einzelnen, daß Sorge getragen werden wird, die Unterbindung jeglicher Beziehungen von politischen oder politisierenden Verbänden, zu denen die sog. Wehrverbände aller Richtungen und Formen in erster Linie gehören, zur Wehrmacht auf die Dauer sicherzustellen. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 über ungesetzliche Einstellungen wird strengstens durchgesetzt werden. Es werden ferner der Öffentlichkeit in nächster Zeit ergänzende Anordnungen bekanntgegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsverfahren die Berücksichtigung aller verfassungstreuen Volksteile sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch tatsächliche Auskünfte der ausnahmslose Ausschluß aller verfassungseindlichen Elemente bei der Einstellung von Soldaten gewährleistet wird.

Daß ich bei der Verkündung und Verwirklichung dieses Programms in vollster Übereinstimmung mit dem Herrn Reichswehrminister und den Herren Chefs der Heeres- und Marineleitung zusammenarbeite, stelle ich mit allem Nachdruck fest. Nach einem Appell an die Parteien und die gesamte Öffentlichkeit kommt der Reichskanzler auf das

Gebiet der Außenpolitik

und betont: Auf keinem Gebiete ist die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit als auf dem Gebiete der Außenpolitik.

So versteht es sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiterverfolgen soll. Diese Linie ist klar und eindeutig ersichtlich aus den mit Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen getroffenen Entscheidungen der letzten Jahre. Die Außenpolitik, welche die Reichsregierung seit Kriegsende ohne Unterlaß unbeirrt verfolgt und die schließlich zu dem Londoner Dawes-Abkommen, zum Vertragswerk von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt hat, ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche, ihre Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung einer gegenseitigen Verständigung. Wie auch immer die Haltung der einzelnen Parteien in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft können die durch jene alte begonnene Entwicklung und die dadurch geschaffenen Grundlagen allein maßgebend sein.

Es bedarf dabei nicht des Hinweises darauf, daß in der Person des Reichskanzlers, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, und in der Person des Außenministers, dem die Durchführung der Außenpolitik obliegt, kein Wechsel eingetreten ist.

Reichskanzler und Außenminister würden den an sie ergangenen Ruf zur Übernahme ihrer Ämter nicht entprochen haben, wenn sie nicht durch die akkreditierten Verhandlungen über

die Regierungsabteilung die feste Gewähr dafür befänden, daß die Absichten und Ziele der bisherigen Außenpolitik von allen Mitgliedern des Kabinetts einmütig gebilligt werden und daß hinter dieser einmütigen Billigung diejenige Fraktion stehen, welche die Regierung unterstützen.

Auf dem Wege dieser Politik liegen hinter uns die Vereinerung des Ruhr- und Sanktionsgebietes, die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und die Beendigung der Tätigkeit der fremden Militärkontrollkommissionen in Deutschland sowie die noch in den letzten Tagen erzielte Erledigung der beiden letzten Punkte der Entwaffnungsfrage, nämlich der Fragen des Kriegsmaterials und der Offestellungen. An erster Stelle steht dabei die Aufgabe, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wieder herzustellen.

Solange die zweite und die dritte Rheinlandzone noch von fremden Truppen besetzt bleiben, sind die dort bestehenden Zustände vor allem auch eine dauernde Gefahrenquelle für die künftige Entwicklung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarländern im Westen. Die Reichsregierung muß erwarten, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren wird.

Der Reichskanzler verzichtet darauf, die übrigen Aufgaben der Außenpolitik im einzelnen zu berühren, und will das dem Außenminister bei der Etatsberatung überlassen, hebt aber hervor, daß die jetzige Außenpolitik keine Herabminderung unseres Interesses an der Pflege unserer sonstigen internationalen Beziehungen zu den übrigen Staaten, insbesondere zu dem uns benachbarten Ausland und den Vereinigten Staaten von Amerika in sich schließt. Denn eine Politik des Friedens und der Verständigung, wie wir sie uns zur Aufgabe machen, kann nur eine gleichmäßige nach allen Seiten sein.

Die innere Lage Deutschlands

in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zeigt die Tatsache, daß der Weltkrieg mit allen seinen schlimmen Folgen eine tiefgreifende soziale Umschichtung in unserem Volke geschaffen hat. Die Zahl der Arbeitslosen und Befristeten hat sich vervielfacht. Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung müssen von dem Streben zeugen, nach aller Möglichkeit die

ungeheure Zahl der Arbeitslosen

zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern. Wie schon der Herr Reichspräsident in seinem an mich gerichteten Brief vom 20. Januar ausgeführt hat, wird es die neue Reichsregierung als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ohne eine wohlorganisierte und tatkräftige Arbeitsvermittlung nicht denkbar. Insbesondere wird darauf hinzuwirken sein, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosen gesteigert und ihr Wirkungsgrad erhöht wird. Solcher Wert wird auch in Zukunft — namentlich im bevorstehenden Frühjahr — auf die vermehrte Vermittlung städtischer, vor allem jugendlicher Erwerbsloser in ländliche Arbeitsstellen zu legen sein. — Als besonders wirksames Mittel, brachliegende Volkskraft nutzbringend zu verwenden, wird die Reichsregierung das landwirtschaftliche Siedlungswert in den dünnbesiedelten Gebieten nachhaltig fördern. Eine befriedigende, dauernde Lösung der dadurch aufgeworfenen Unterfruchtungsfrage ist nur möglich, wenn baldigst an die Stelle der Fürsorge die

gesetzliche Arbeitslosenversicherung

tritt. Die Regierung legt daher entscheidenden Wert darauf, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung aus Gründen des Staats des Reiches, der Länder und Gemeinden möglichst vor dem 1. April verabschiedet wird. Wie auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, so soll auch für das ganze Arbeitsrecht der große Gedanke der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ihres paritätischen Zusammenwirkens in Betrieb und Beruf in gleicher Weise wie bisher bestimmend bleiben und immer mehr zur praktischen Auswirkung gebracht werden. Der nächste Schritt wird die Schaffung einer umfassenden Arbeitsbeschaffungsgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Vergarbeits sein. Darin soll — ausachend von den deutschen Verhältnissen

Für eilige Leser.

* Die belgische Kammer nahm den Gesetzesentwurf an, der die Herausgabe der beschlagnahmten Titel vorzieht, gegen die bis zum 31. März 1927 kein Einspruch erhoben wird.

* Wie dem Deutschen Handelsdienst aus Paris gemeldet wird, hat der Bank von Frankreich den Wechseldiskont von 6,5 auf 5,5 Prozent und den Lombardzinsfuß von 8,5 auf 8 Prozent ermäßigt.

* In polnischen Regierungskreisen spricht man von einem Vertragsangebot des tschechoslowakischen Außenministers, nach dem sich Polen und die Tschechoslowakei gegenseitig ihre Grenzen garantieren sollen.

* Nach einer Meldung aus Toulon wurde dort der bekannte Professor am Konservatorium Martre von einer früheren Schülerin, mit der er brechen wollte, durch einen Revolverbeschuß getötet.

* Wie aus Lissabon gemeldet wird, hat ein Teil der Garnison Porto gemeuert. Die Regierung hat über Portugal den Belagerungszustand verhängt.

nissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen geregelt werden. Auf Grund einer solchen Gesetzgebung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer bereit.

Den Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen gilt die besondere Sorge der Reichsregierung; Särten, die sich aus der gegenwärtigen Gesetzgebung ergeben, sollen nach Möglichkeit beseitigt werden. Bei der Mannigfaltigkeit der Lebensumstände können Versicherung und Versorgung allein nicht alle Notstände beseitigen, sie bedürfen der Ergänzung durch die Wohlfahrtspflege. Auf diesem Gebiet wird die Reichsregierung den bisherigen Weg zielbewußt weitergehen. — Noch laftet

die Wohnungsnot

mit all ihren schädlichen Folgen auf unserm Volke. Ihre Bekämpfung durch Förderung des Wohnungsbaues wird nachdrücklich betrieben werden, so daß der schlimmste Notstand in einigen Jahren behoben sein wird. Dem Fortschreiten des Wohnungsbaues muß der

Ausbau der Wohnungswirtschaft schrittweise folgen, damit in absehbarer Zeit normale Verhältnisse im Wohnungs- und Bauwesen herbeigeführt werden. Der Kämpfer verbreitet sich weiter über die Uebel der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot und sieht ihre Hauptursachen in den Nachwirkungen des Krieges. Diese Notlage durch die Entwicklung aller deutschen Produktivkräfte nach außen und nach innen zu überwinden, betrachtet die Reichsregierung als eine ihrer Hauptaufgaben. Sie wird deshalb durch den

Ausbau unseres Handelsvertragswerks und durch Exportförderung den Absatz unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern tatkräftig bemüht sein. Alle Maßnahmen, die bestimmt und geeignet sind, wirtschaftsfeindliche Schranken zu beseitigen, wird sie bereitwillig unterstützen. Sie wird sich an der Weltwirtschaftskongress durch tätige Mitarbeit beteiligen.

Die Pflege der Landwirtschaft

wird sich die Reichsregierung ganz besonders anzuwenden sein lassen. Es wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß die schwebenden Schulden der Landwirtschaft in langfristigen Realcredit zu tragbaren Bedingungen übergeführt werden und daß ein Sinken des allgemeinen Zinsfußes auch den landwirtschaftlichen Schuldnern zugute kommt. Nur durch Sicherung des Ertrages der landwirtschaftlichen Arbeit wird es gelingen, eine gesündere Bevölkerungsverteilung anzubahnen, das Abströmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte aufzuhalten und deren Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe hält die Reichsregierung für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatspolitische Notwendigkeit.

Zur Förderung des Handwerks

soll u. a. der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung dienen, die wichtige handwerkliche Fragen neu regeln wird. Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes muß verhindert und dafür gesorgt werden, daß die Ergebnisse der wirtschaftlich fortgeschrittenen Organisationsformen und der sich entwickelnden Nationalisierung allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen. Die Reichsregierung wird sich nach Kräften für die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung einsetzen.

In der Rechtspflege

barren große Aufgaben der Erledigung. Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches, der uns auch die Rechtsvereinheitlichung mit Österreich auf diesem wichtigen Gebiete bringen soll, wird voraussichtlich in diesem Frühjahr dem hohen Hause vorgelegt werden. Damit in enger Verbindung steht der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafvollzugsgesetzes. Neben der von dem Deutschen Juristentag zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Strafrechts eingesetzten Kommission nimmt die Prüfungsarbeit der Reichsregierung ihren Fortgang, die mit Beschleunigung gefördert werden soll. Mit größter Sorge sieht die Reichsregierung, wie Rechtsprechung und Gerichte mehr und mehr zum Gegenstand einer maßlosen öffentlichen Kritik gemacht werden. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Justiz, um ihren hohen Ruf zu erfüllen, des Vertrauens der Bevölkerung nicht entbehren kann. Zum Schluß sagt der Kanzler:

Die Regierung wird mit Ernst und Festigkeit an die von ihr übernommene schwere Arbeit herangehen und ihr Bestes einsetzen, um auf dem Wege zum Wiederaufstieg unser Reich und Volk vorwärtszubringen. Sie rechnet dabei auf die Mitarbeit der deutschen Volkswirtschaft. Ist sich dabei aber be-

wußt, daß nur das einige geschlossene Zusammenhalten unseres Volkes und der sich aus dieser Geschlossenheit ergebende Wille imstande ist, unsere Arbeit fruchtbar zu gestalten. Möge uns eine solche Unterfütterung nicht verlagert sein! An zielbewußter Führung und Einsatz ihrer ganzen Kraft wird es die Regierung nicht fehlen lassen.

Aussprache der Parteien.

Präsident Lööb verliest die von den Linksparteien eingebrachten Mißtrauensnoten, von denen dasjenige der Demokraten besondere Aufmerksamkeit im Hause findet.

Abg. Müller-Franke (Soz.) besprach die Vorgänge bei der Regierungsbildung unter scharfen Ausfällen gegen rechts und erklärte, es sei bezeichnend, daß bei der Verteilung der Ministerposten die Deutschnationalen von der Prozentrechnung Profit gehabt hätten. Der Besiegte bei dieser Regierungsbildung sei die Deutsche Volkspartei. Dr. Marx habe mit der Bildung dieses Reichskabinetts seine bisherige Politik verleugnet. Das Zentrum habe die Schwänkung vollzogen, weil es Neuwahlen vermeiden wollte. Die deutschnationalen Minister hätten sich zur Fortführung der Locarno-Politik bekannt, dabei aber auch nicht nur die Ergebnisse dieser Politik anerkannt, sondern auch ihre Methoden gebilligt. Seine Freunde seien gespannt auf das Ausfallmaßgesetz zum Artikel 48, das die deutschnationalen Minister vorlegen würden. Zum Reichswehrminister Dr. Gessler hätten sie nicht das Vertrauen, daß er jetzt das nachhole, was er bisher versäumt habe. Als dringende Forderung bezeichnete der Redner dann die schnelle Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Abg. Graf von Westarp (Dtn.) erklärte, daß mit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung das auf dem Deutschnationalen Parteitag in Köln gestellte Ziel erreicht worden sei. Seine Freunde hätten, um eine feste bürgerliche Mehrheitsregierung zu erreichen, in sachlicher und persönlicher Beziehung manches Opfer gebracht, aber ein Opfer ihrer Überzeugung, eine Preisgabe ihrer Grundzüge und ihrer programmatischen Linien sei nicht zugestanden und auch nicht in Aussicht gestellt worden. („Hört! hört!“ links.)

Das programmatische Manifest des Zentrums sei zur Kenntnis genommen worden, aber niemals Verhandlungsgegenstand gewesen und von den Deutschnationalen sei kein Bekenntnis dazu verlangt worden. („Hört! hört!“) Für seine Freunde gelte die heute abgegebene Regierungserklärung mit den Zusätzen, die sie einzuschließen hätten.

Seine Partei wolle nicht um Vergangenes streiten, denn die deutsche Außenpolitik solle nicht unter dem Wechsel einer politischen Konstellation leiden. Die Deutschnationalen würden nichts preisgeben von dem Grundsatz, daß jede deutsche Regierung deutsche Politik treiben müsse. Das Vertragswerk von Locarno und die Mitgliedschaft im Völkerbund begründete der Redner als die rechtliche und politische Grundlage der deutschen Politik. Eine Politik der Gewalt und Nebandelehnte er ab. Letztere sei auch unmöglich angesichts der Deutschland aufzunehmenden Waffenlosigkeit. Eine Politik der Verständigung müsse aber eine gegenseitige sein.

Das Abkommen über die Offensiven sei vor dem Eintritt der Deutschnationalen ins Kabinett beschlossen worden. (Lebhafte Widerspruch links.) Solange ein fremder Soldat auf deutschem Boden stünde, könne von einer wirklichen Verständigung nicht die Rede sein. Seine Partei stelle sich mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst des Staates. Ein Bekenntnis zum Staat sei aber nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur Staatsform. („Hört! hört!“ links.)

Seine Partei wolle mit der Regierung die Staatsautorität und die Verfassung schützen, trotzdem letztere in vielen Punkten reformbedürftig sei.

Der Streit um die Staatsform und die Reichsveränderung werde weitergehen.

Er müsse sich jedoch in sachlichen Formen und ohne persönliche Gefälligkeit abspielen. Seine Freunde begrüßten es besonders, daß mit der neuen Regierungsbildung die Mitte mit dem Zentrum von der Sozialdemokratie abgerückt sei. Diesem ersten Schritte müsse eine gleiche Regelung auch in den Landesregierungen, vor allem in Preußen, folgen. („Hört! hört!“ links.) Die neue Reichsregierung habe durch die Unterstützung der Deutschnationalen die nötige Festigung erhalten.

Präsident Lööb verlas dann unter großer Feierlichkeit einen sozialdemokratischen Antrag, die Rede Westarps auf Reichstagen in allen Gemeinden des besetzten Gebietes öffentlich auszusprechen zu lassen. Inzwischen ist auch der Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten eingelaufen.

Abg. Dreiwitz (Wirtschaftspartei) brachte eine Erklärung zur Verlesung, worin schließlich betont wird, daß die neue Reichsregierung es selbst in der Hand habe, sich die Unterstützung der Fraktion zu sichern, indem sie ihre Forderungen erfülle. Bis dahin nehme diese eine abwartende Haltung ein.

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) begrüßte es, daß die Deutschnationalen durch ihren Eintritt in die Regierung die Konsequenzen einer jeden Oppositionspartei gezogen hätten, wenn sie eine Regierung geführt habe. Er betonte weiter, Deutschlands Recht auf sofortige Aufhebung der Besetzung der Rheinlande. Außerdem müßten die unerträglichen Zustände an der Ostgrenze endlich geändert werden. Aus den sozialpolitischen Richtlinien der Regierung ergäbe sich klar, daß von einem Mißbilligerblock nicht gesprochen werden könne. Die Richtlinien der Regierung seien vielmehr so gehalten, daß sie von allen wirklich staatsbehaltenden Parteien anerkannt werden könnten. Der Redner dankte schließlich der Reichswehr und ihrem Organisator und bezeichnete die Bildung der neuen Regierung als eine Etappe auf dem Wege der Volksgemeinschaft. Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, worin die Regierung zum Austritt aus dem Völkerbund aufgefordert wird.

Ein Dementi.

Berlin, 4. Februar. Die Gerüchte über Unstimmigkeiten im Zentrum wegen der gestrigen Reichstagsrede des deutschnationalen Parteiführers Grafen Westarp sind, wie die U. erfährt, nach jeder Richtung hin stark übertrieben. Gewisse Mißverständnisse über Nebenpunkte werden sich heute aller Voraussicht nach leicht aufklären lassen. Von einer Rückgabe des Portefeuilles des Reichsministers Köppler ist nicht die Rede.

Vertrauensvotum der Regierungsparteien?

Berlin, 3. Februar. Ueber die Frage, ob die Koalitionsparteien im Reichstage ein Vertrauensvotum einbringen werden, ist ein Beschluß noch nicht gefaßt. Zur Entscheidung dieser Frage findet am Freitag vormittag eine interfraktionelle Besprechung statt.

Die Berliner Presse zur Regierungserklärung.

Berlin, 4. Februar. Die Morgenblätter nehmen zu der gestrigen Regierungserklärung und zu den Reden der einzelnen Fraktionsführer eingehend Stellung.

Der Lokalanzeiger stellt fest, die Regierungserklärung sei alles andere, als eine Verschärfung der bekannten „Richtlinien“. Es sei nicht zu verkennen, daß mit diesem Debut im Reichstag die großen Schwierigkeiten für ein passables, geschweige denn ein reibungsloses Arbeiten der neuen Koalition zunächst nur rednerisch überwältigt seien.

Der Tag sagt, der Auftakt habe stimmungsmäßig nicht gerade ermunternd gewirkt. Das frische Leitmotiv hätte gefehlt und hätte fehlen müssen. Das parlamentarische Regiment sei müde und mürrisch, ob es nun Mehrheit oder Minderheit heiße. Nicht freier einheitslicher Entschluß schmiedete den Ring der Verantwortlichen zusammen, sondern bitterste Pflicht.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schließt daraus, daß die Regierungserklärung ruhig aufgenommen worden sei, die Opposition habe sich damit abgefunden, von dem Rechtskabinett regiert zu werden. Bei den neuen Regierungsparteien sei der ernste Wille vorhanden, die sachliche Arbeit allem anderen voranzusetzen.

Die Tägliche Rundschau stellt fest, als Ganzes betrachtet habe die Regierungserklärung einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen. Sie habe ein einheitliches Gepräge getragen und alle diejenigen Lügen gestraft, die schon im voraus davon gefabelt hätten, die Regierungserklärung sei nach hartnäckigen Kämpfen im Kabinett zusammengestülpt worden. Bezüglich der Rede des Grafen Westarp sagt das Blatt, jeder unbefangene Zuhörer hätte den Eindruck gehabt, daß die Deutschnationalen eine gründliche Umstellung vollzogen hätten. Es wäre ungerade, das nicht anzuerkennen. Wenn Graf Westarp betont habe, daß das Bekenntnis zur positiven Mitarbeit keinen Verzicht auf grundsätzliche Anschauungen bedeute, so werde ihm jeder zustimmen.

Die Deutsche Tageszeitung sagt, was die Regierungserklärung biete, das sei ein sorgsam und fleißig zusammengestelltes

Mensch und Menschen

Nach dem Roman „Die Elenden“ von Victor Hugo.
5) (Nachdruck verboten)

Baljean stand, erschrocken vor diesem leuchtenden Greife, mit dem Meißel in der Hand, unbeweglich im Schatten. Nie hatte er etwas Ähnliches gesehen. Dies unbegreifliche Vertrauen erschreckte ihn. Hat doch die moralische Welt kein großartigeres Schauspiel, als wenn ein unruhiges, gestörtes Gewissen im Augenblick einer schlechten Tat einen Gerechten schlafen sieht. Dieser Schlaf in solcher Einsamkeit neben einem solchen Nachbar hatte etwas Erhabenes, das selbst Baljean unklar empfand.

Im Mondenschein zeigte sich unendlich auf dem Kamin der Getrenzte, der gegen die beiden Männer die Arme zu öffnen schien, den einen zu segnen, dem anderen zu vergeben.

Blötzlich ging Baljean rasch an dem Bette hin, ohne den Bischof anzusehen, gerade auf das Schränkchen zu. Er erhob den Meißel, um das Schloß aufzusprennen; der Schlüssel befand sich darin; er schloß auf; das erste, was ihm in die Augen fiel, war das Körbchen mit den Löffeln. Dies nahm er und er ging mit großen Schritten, ohne alle Vorsicht, durch das Zimmer, durch die Tür, in das Bettzimmer, machte da das Fenster auf, nahm seinen Stock, krieg hinaus, steckte das Silber in seinen Tornister, warf das Körbchen weg, schritt durch den Garten, sprang wie ein Tiger über die Mauer und entfloh.

Am anderen Morgen, mit Sonnenaufgang, wanderte der Bischof Chregott in seinem Garten umher. Frau Magloire kam ganz bestürzt zu ihm.

„Wissen Sie Gnaden,“ rief sie, „wo das Silberkörnchen ist?“

„Ja,“ antwortete der Bischof.

„Gott sei gebant! Ich wußte nicht, was aus ihm geworden ist.“

Der Bischof hatte das Körbchen von einem Beete aufgehoben und reichte es der Frau Magloire.

„Da ist es.“

„Aber nichts darin? Die silbernen Löffel?“

„Ach so! Die silbernen Löffel suchten Sie? Wo diese sind, weiß ich nicht.“

„Gnädiger Herr Bischof, der Mann ist fort, die Löffel sind geklaut!“

Während dieser Worte bemerkte sie Spuren an der Mauer, daß sie überstiegen worden war.

„Sehen Sie,“ fuhr sie fort. „Da ist er übergestiegen.“

Schändlich! Unser alles Silber!“

Der Bischof schweig einen Augenblick, dann blickte er ernst auf und sagte sanft zu der Frau:

„Gehört denn das Silber auch uns?“

Vor Verwunderung über diese seltsame Frage konnte Frau Magloire nichts antworten und der Bischof fuhr fort:

„Frau Magloire, ich habe mit Unrecht dieses Silber so lange behalten. Es gehört den Armen. Wer war jener Mann? Offenbar ein Armer.“



„Geben Sie mir erst mein Geld.“

Einige Minuten darauf hielt er sein Frühstück an dem Tische, an welchem am Abend vorher Baljean gefessen hatte. Dabei bemerkte er wohlgenut gegen seine Schwester, die gar nichts sagte, und gegen Frau Magloire, die leise brumnte, man brauche doch eigentlich weder Löffel noch Gabel, wenn man ein Stückchen Brot in eine Tasse Milch tauche.

„Kann man sich's denken?“ sprach Frau Magloire im Hin- und Hergehen zu sich selber. „Einen solchen Menschen aufzunehmen! Ihn neben sich schlafen zu lassen! Und ein Glück, daß er nur geklaut hat! Es überläuft einen aus Kalk, wenn man daran denkt!“

„Als der Bruder und die Schwester von dem Frühstück aufstehen wollten, klopfte es an die Tür.“

„Herein!“ rief der Bischof.

Die Tür öffnete sich und auf der Schwelle zeigte sich eine seltsame Gruppe. Drei Männer hielten einen vierten am Kragen. Die drei waren Gendarmen, der vierte war Baljean.

Der Bischof Chregott war so schnell, als es ihm sein hohes Alter erlaube, hinzugefahren.

„Da sind Sie ja,“ sagte er, als er Baljean erblickte.

„Ich freue mich, Sie zu sehen. Aber... ich hatte Ihnen ja auch die silbernen Leuchter geschenkt, für die Sie wohl zweihundert Franc bekommen könnten. Warum nahmen Sie dieselben nicht mit Ihren Löffeln zu sich?“

Baljean riß die Augen weit auf und sah den ehrwürdigen Bischof mit einem Ausdruck an, den keine menschliche Sprache zu schildern vermag.

„Ew. bischöfliche Gnaden,“ bemerkte der erste Gendarm, „der Mann hat also die Wahrheit gesprochen? Wir trafen ihn. Es kam uns vor, als fliehe er. So hielten wir ihn fest... Er hatte das Silber bei sich.“

„Und er sagte Ihnen,“ fiel der Bischof lächelnd ein, „es sei ihm von einem alten gutmütigen Geistlichen geschenkt worden, bei dem er die Nacht zugebracht hatte, nicht wahr? Und Sie führten ihn wieder her. Es war ein Irrtum.“

„So können wir ihn lassen?“ fragte der Gendarm.

„Gewiß,“ antwortete der Bischof.

Die Gendarmen ließen Baljean los, der zurücktrat und mit fast tonloser Stimme, wie im Traume, fragte:

„Man läßt mich wirklich los?“

„Ja, man läßt dich laufen; hörst du nicht?“ sagte einer der Gendarmen.

„Lieber Mann,“ sagte der Bischof gütig, „nehmen Sie, ehe Sie gehen, Ihre Leuchter. Nehmen Sie!“

Er nahm die beiden Leuchter von dem Kamin und brachte sie dem Baljean. Die beiden Frauen sahen ihn zu, ohne durch ein Wort, eine Gebärde oder einen Blick zu versuchen, ihn abzuhalten von dem, was er tat.

Baljean zitterte an allen Gliedern und nahm die beiden Leuchter unwillkürlich, verstört.

„Und nun,“ sagte der Bischof, „gehen Sie in Frieden. Wenn Sie einmal wiederkommen sollten, Freund, so brauchen Sie nicht durch den Garten zu gehen. Treten Sie nur durch die Haustür ein. Sie ist Tag und Nacht nur zuackkint. — Meine Herren. Sie können gehen!“

Mosaikbild des praktischen Arbeitswillens zum Wohle der Gesamtheit, das entstanden sei und das vom Bild zur Tat werden solle aus dem gemeinsamen ersten Willen der Parteien heraus, die sich zur staatsbürgerlichen Regierungskoalition zusammengefunden hätten.

Die Kreuzzeitung meint, der Einfluß der deutschnationalen Beteiligung an der Regierung habe sich schon dahin ausgewirkt, daß zu den durch koalitionsfeindliche Indiskretion bekannt gewordenen „Richtlinien“ Ergänzungen von nicht unwesentlicher Bedeutung getreten seien.

Die Germania meint, wenn statt der Deutschnationalen gestern die Sozialdemokraten mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei auf der Regierungsbank gesessen hätten, wäre die Erklärung, die Reichsminister Marz im Reichstage abgab, kaum anders ausgefallen. Was sie innen- und außenpolitisch gesagt habe, sei einwandfrei und habe auch den Oppositionsrednern keine Handhabe zur Kritik geboten.

Das Berliner Tageblatt meint, die Regierungserklärung habe ein Programm geboten, das in Schul- und Justizfragen ungenügend, in Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen nicht konkret genug sei, im übrigen für die Innen- und Außenpolitik eine Gebrauchsanweisung gebe, die sachlich sehr schön, deren Ausführung aber durch das dazu berufene Kabinett nicht gewährleistet, sondern gefährdet sei.

Der Vorwärts meint, diesmal werde man den Ruhm, das Meiste zur Erfrüchtigung der neuen Regierung getan zu haben, nicht dem Führer der stärksten Oppositionspartei, sondern dem Führer der stärksten Regierungspartei zuerkennen müssen.

Sozialdemokratische Reichstagsinterpellation über die Ostbesetzung.

Berlin, 4. Februar. Wie der Vorwärts berichtet, hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, aus welchen Gründen sie von dem früher eingenommenen Standpunkt, wonach die nach dem Friedensschluß erfolgten Neubauten an den Ostfestungen mit dem Artikel 180 des Versailler Friedensvertrages in Einklang zu bringen seien, abgewichen sei, ferner, ob sie der von den Deutschnationalen vertretenen Auffassung zustimme, nach der nur das sogenannte Rumpfkabinett und nicht das Gesamtkabinett für den in der Kabinettsitzung vom 31. Januar 1927 bezüglich der Restpunkte gefaßten Beschluß die Verantwortung trage.

Die Befestigungs-Demarkationslinie an der deutschen Ost- und Südostgrenze.

Die Grenzlinie, jenseits welcher Deutschland bis zu seiner politischen Grenze keine neuen Befestigungen anlegen darf, ist in einem Anhang zu dem Abkommen über die Ostbefestigungen festgelegt und verläuft folgendermaßen: eine gerade Linie von Königsberg bis Sensburg im masurenischen Seengebiet, beginnend an dem Punkte, wo sie die im Artikel 196 des Friedensvertrages festgelegte Küstenzone von 50 Kilometern verläßt: dann von Sennsdorf nach Marienburg bis zu dem Punkte, wo sie die Küstenzone von 50 Kilometern schneidet.

Jetzt folgt eine Lücke in der Grenzlinie, hervorgerufen durch den polnischen Störriß. Die Linie geht dann folgendermaßen weiter: die Ostbahn von der polnischen Grenze bei Königsberg bis Küstrin, das linke Oderufer von Küstrin bis Bries, die Eisenbahnlinie Bries-Reiße-Kamitz-Flaß-Weißenburg-Görlitz-Bautzen-Birna-Königsstein; eine gerade Linie von Königsstein bis Hof, die Eisenbahnstrecke Hof-Neumarkt-Regensburg, das linke Donauufer von Regensburg bis Donaueschingen, die Eisenbahnlinie Donaueschingen-Neumarkt im Schwarzwald. In Neumarkt mündet die Grenzlinie in die entmilitarisierte Rheinlandzone ein.

Polnische „Genugtuung“ über die Entwaffnungseinigung!

Paris, 3. Februar. Der polnische Außenminister hat der französischen Regierung seine „Genugtuung“ über die deutsch-französische Einigung in der Entwaffnungsfrage zum Ausdruck bringen lassen.

Umgestaltung der bayerischen Staatswerke.

Im Plenum des Bayerischen Landtages wurde nach mehrtägiger Beratung die Regierungsvorlage betr. Umwandlung des staatlichen Berg-, Hütten- und Salinenbesitzes in eine Aktiengesellschaft mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der Freien Vereinigung in erster und zweiter Lesung angenommen. Ebenso wurde dem Gesellschaftsvertrag und dem Vertrag des Bayerischen Staates mit der neuen Aktiengesellschaft Zustimmung erteilt. Vor der Abstimmung in der zweiten Lesung gab der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Abgeordneter Timm, eine Erklärung ab, in der betont wurde, daß nach Ablehnung der sozialdemokratischen Änderungsanträge die Bedenken der sozialdem. Fraktion gegen die Regierungsvorlage unüberwindlich geworden seien. Nach der Auffassung der Sozialdemokraten laufe die Umgestaltung der bayerischen Staatswerke in eine Aktiengesellschaft darauf hinaus, die Vollmachten des Finanzministers auf Kosten der Volksvertretung zu stärken. Im übrigen bleibe aber so ziemlich alles beim alten. Zu einer solchen inhaltslosen Geste gebe die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung nicht.

Dr. Benesch über die Außenpolitik der Tschechoslowakei.

Prag, 4. Februar. Im Auswärtigen Ausschuß des tschechischen Abgeordnetenhauses gab Außenminister Dr. Benesch eine Erklärung über die außenpolitische Lage ab. Der Minister betonte mit Nachdruck die guten Beziehungen zwischen Prag und Berlin, die er als Ergebnis seiner bisherigen Politik ansehe. Die Aufhebung der deutschen Militärkontrolle habe naturgemäß in Ungarn und in Bulgarien den Wunsch nach Aufhebung ihrer Militärkontrolle verstärkt. Die Kleine Entente habe dagegen prinzipiell nichts einzuwenden, jedoch müsse sich die Aufhebung in denselben Bahnen bewegen wie in Deutschland. Die Kleine Entente wolle zu einem guten Verhältnis mit Ungarn kommen.

Zu den österreichisch-tschechischen Beziehungen bemerkte der Minister, daß bei der Anschlußfrage niemals gewisse Verträge vergessen werden dürften, die eingehalten werden müßten. Dr. Benesch verwahrte sich dann gegen den Vorwurf eines christlich-sozialen Abgeordneten, die Tschechoslowakei sei nur ein Gendarm Frankreichs. Die Tschechoslowakei treibe im Gegensatz unabhängige tschechoslowakische Politik. Dr. Benesch betonte, daß die Tschechoslowakei wohl bestrebt sei, ihr Verhältnis zu Frankreich aufrecht zu erhalten, daß sie aber auch zu dem bestmöglichen Verhältnis mit Deutschland gelangen wolle. Dieses Ziel habe die Tschechoslowakei bereits praktisch erreicht und diese Politik würde sie auch weiterhin verfolgen. Bezüglich der Handelsverträge mit Deutschland erklärte der Minister, daß die Verhandlungen in den nächsten Monaten beginnen würden. Es würde hier zwar einige Schwierigkeiten geben, er hoffe aber, diese in kurzer Zeit beseitigen zu können.

Sturmjahren im österreichischen Nationalrat.

Wien, 4. Februar. Im österreichischen Nationalrat kam es gestern anlässlich einer Interpellation über die Schießereien in Schattendorf im Burgenland zu außerordentlich stürmischen Szenen, weil ein großdeutscher Abgeordneter abfällige Bemerkungen über den gestrigen viertelstündigen Sympathiestreit der Arbeiter machte. Bundeskanzler Dr. Seipel betonte in seiner Erklärung, daß die Vorfälle in Schattendorf mit irgend welchen besonderen ungarischen Vorbereitungen zu einem Einfall in das Burgenland nicht zusammenhängen. Alle derartigen Behauptungen seien unrichtig und der Landeshauptmann des Burgenlandes habe ausdrücklich versichert, daß keinerlei Banden und Agitatoren aus Ungarn herübergekommen seien. Auch sei es unrichtig, daß der republikanische Schußbund eine Befehung der ungarischen Grenze geplant habe. Die Vorfälle am Sonntag seien keineswegs Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen von Frontkämpfern und republikanischen Schußbündlern gewesen. Beide Parteien seien vielmehr unbewaffnet gewesen und die leichten Verletzungen seien nicht durch Schußwaffen hervorgerufen worden. Im übrigen warne er vor einer Verheerung der Gemüter. — Gegenüber dieser Erklärung betonte der Sozialdemokrat Renner, daß tatsächlich zwischen ungarischen Aktivistinnen und den Frontkämpfern im Burgenlande Beziehungen beständen und beschuldigte die christlich-sozialen Führer, daß sie Madjaren begünstigten.

Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Bürgertum in Innsbruck.

Innsbruck, 4. Februar. Durch die Aufforderung der sozialdemokratischen Partei zu einer Protestkundgebung gegen das Bürgertum wegen der Schießerei in Schattendorf im Burgenland ist ganz Innsbruck in größte Aufregung versetzt worden. Die Landesleitung der Tiroler Heimatwehren hat zu einer Gegenkundgebung aufgefordert, die zu gleicher Zeit mit der sozialdemokratischen Demonstration stattfinden soll. Die sozialdemokratische Kundgebung ist vom Landeshauptmann verboten worden. Die Sozialdemokraten haben jedoch bisher noch nicht erklärt, ob sie diesen Anordnungen Folge leisten werden. Man erwartet, daß es zu einem größeren Konflikt kommen wird.

WISSENS-ERBE

Leipzig Welle 357,1. — Dresden Welle 294. Sonnabend, 5. Februar. 3.30—4.00: Deutsche Welle, Berlin. Postrat Behrendt und Martha Wölfe: Esperanto. * 4.30—6.00: Nachmittagskonzert der Dresdener Kammerkapelle. 1. Consultation. 2. Orientalische Suite. 3. Schattenspiele, Intermezzo. 4. Negerwiegeli. 5. Potpourri A.B.C. * 6.00—6.15: Funkbafeifunde. * 6.15—6.30: W. Grafmann v. Gewerkschaftsbund der Angestellten: Aus der Praxis des Arbeitsrechtes. * 7.00—7.30: Postrat Prof. Dr. Müller-Venharb: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Erzeugung von Fleisch und Milch. * 7.30—8.00: Charakterologie (Charakterkunde). Dr. Hermann Böhm: Das Wesen des Charakters. I. * 8.15: Hörspiele: Drei Ginatter von Georges Courteline. I. „Der unerbittliche Bachmann.“ Grotteske. II. „Die Schwebebahn.“ Eine Gerichtsszene. III. „Der häusliche Friede.“ Komödie. * 10.15—12.00: Tanz. Berlin Welle 483,9, 566.

12.30: Die Viertelstunde für d. Landwirt. * 4.00: Dr. Max Stieglitz: Die Lüge in der Gesellschaft. * 4.30—6.00: Cited-Kammerorchester. * 6.30: Dr.-Ing. Harbich, Abteilungsdirektor im Telegraphentechnischen Reichsamte: Neuer Wellenplan und Leistungsfähigkeit der neuen Rundfunksender. * 7.05: Dr. Herb. Sebde: Einführung in die physische Geographie (Die feste Erdoberfläche, 2. Teil). * 7.30: Dr. S. Reichenbach, a. o. Prof. a. d. Univ. Berlin: Von Kopernikus bis Einstein (Die Relativität der Bewegung). * 8.10: Sendespiele: „Die Mädel von Dabos.“ Operette in 2 Teilen von S. A. Bühler. Gesangsterne von Theo Salton. Musik von Martin Anopi. Dirigent: Bruno Seibler-Winkler. Leitung: Cornelius Bronsgeest. * 10.30—12.30: Tanzmusik. Während der Tanzmusik hält die Festleitung für den „Ball der Funkstunde“ eine Sitzung ab, die übertragen wird. Königs-Wulferhausen Welle 1300.

9.30: Anst. d. Wintergattung der Deutsch. Landwirtschafts-Gesellschaft. Übertragung a. d. Beethovenaal, Berlin: Hauptversammlung. * 3.30—4.00: Esperanto. * 4.00—4.30: Ob.-Stud.-Dir. Dr. Schönebeck: Die Förderung d. Begabten und d. Schülerauslese. * 4.30—5.00: Das Neueste aus der pädagogischen Zeitschriftenliteratur. * 5.00—5.30: Prof. Lassar: Das System der englischen Verwaltung. * 5.30—6.00: Dr. Bruno Kaecker: Nationalisierung und Arbeiterkultur. * 6.00—6.30: Stud.-Nat. Thiel: Die rechnerischen und mathematischen Grundlagen der Technik. * 6.30—6.55: Wissenschaftl. Vortrag für Tierärzte. * 6.55—7.45: Prof. Dr. Schubring: Dantes göttliche Komödie. * Ab 8.10: Übertragung aus Berlin.

Stettin Welle 252,1 bringt das gesamte Berliner Programm.

London und die Lage in China.

London, 3. Februar. Baldwin und Chamberlain hatten heute eine längere Unterredung über die Lage in China. Danach empfangen beide eine Delegation der Arbeiterpartei zu einer halbständigen Besprechung der jüngsten britischen Chinapolitik.

An maßgebender Stelle in London wird erklärt, daß sich die Verhandlungen in Hankau auf die neue Lage konzentrieren, die durch die Ablehnung der letzten britischen Vorschläge durch den fantomistischen Außenminister geschaffen worden ist. Die Regierung, die zurzeit einen ausführlichen Bericht des Unterhändlers in Hankau berät, wird ihm wahrscheinlich noch heute neue Instruktionen geben.

Amerikanischer Aufruf zum Militärdienst in China.

Die amerikanischen Militärbehörden haben einen Aufruf an ehemalige Soldaten und „besonders taugliche Rekruten“ erlassen, sich freiwillig zum Dienst in China bei den in Tientsin stationierten amerikanischen Truppen zu melden.

Reichswehr und Zivilberuf.

Fort- und Ausbildung der Soldaten zu Beamten, Kaufleuten, Landwirten, Technikern und Handwerkern.

Das Wehrgesetz bestimmt in § 23, daß den Unteroffizieren und Mannschaften während ihrer Dienstzeit eine vorbereitende Ausbildung für den Uebergang in den bürgerlichen Beruf gewährt werden soll.

Zu diesem Zwecke bestehen bei allen Truppenteilen, mit Ausnahme der technischen Sonderwaffen, Heeresfachschulen für Verwaltung und Wirtschaft. In ihnen sollen die Soldaten für spätere Beamtenberufe und Stellungen im freien Wirtschaftsleben vorgebildet werden. Der Besuch der drei Klassen der Unterstufe vom 5. bis 7. Dienstjahre, der durch eine Prüfung abgeschlossen wird, ist für alle Unteroffiziere und Mannschaften Pflicht. Die Oberstufe, deren Besuch freiwillig ist, zerfällt in 5 Jahresklassen und besteht aus Lehrgängen für Beamte und solchen für Kaufleute.

Teilnehmer der Beamtenkurse legen am Schluß ihrer Dienstzeit eine Abschlußprüfung ab, die ihnen die Berechtigung erteilt, sich um gehobene Beamtenstellungen bis einschließlich Gehaltsgruppe VII zu bewerben. Damit den Soldaten auch der Eintritt in die höhere Beamtenlaufbahn offen steht, wozu die Reife für Unterprima verlangt wird, vermittelt die Oberstufe ein gleichwertiges Wissen wie die Klasse einer höheren Schule bis zur Primareife.

Die Heeresfachschulen für Landwirtschaft bereiten ehemalige Landwirte theoretisch und praktisch auf den landwirtschaftlichen Beruf vor. Die Teilnehmer an dieser Ausbildung sollen später erfolgreich als praktische Landwirte oder als Siedler ins bürgerliche Leben eintreten können. Die Teilnehmer treten nach Besuch der dreiklassigen Unterstufe im 8. Dienstjahre in die Heereschule für Landwirtschaft über. Für die Laufbahn landwirtschaftlicher Beamten bei Genossenschaften, Rechnungsführer usw. bieten Sonderlehrgänge die erforderliche Vorbereitung.

Für die Angehörigen der nichttechnischen Truppen besteht in jedem Wehrkreis eine Heereshandwerkerschule, in der die Soldaten vom 4. Dienstjahre ab als Lehrlinge und später in zwei weiteren Stufen als Gesellen soweit gefördert werden, daß sie die Gesellen- und Meisterprüfung ablegen können.

Bei den technischen Sonderwaffen (Pioniere, Kraftfahrer usw.) bestehen besondere Heeresfachschulen für Gewerbe und Technik. Sie bieten allen Teilnehmern die Ausbildung zum Handwerkerberuf, den Begabten sogar zum mittleren Techniker für Hoch-, Tief- und Maschinenbau. Die an diesen Heeresfachschulen abgelegten Gesellen- und Meisterprüfungen sind den vor den Handwerkergewerkschaften abgelegten vollkommen gleichwertig.

Für den strebsamen Soldaten ist somit während der 12jährigen Dienstzeit reichlich Gelegenheit geboten, sich vielseitig für seinen späteren Lebensberuf auszubilden, um sich eine angenehme Stellung im Zivilleben schaffen zu können.

setzte er gegen die Gendarmen gekehrt hinzu, die sich entfernten.

„Vasjean war es wie jemand, den eine Ohnmacht anwandelt.“

Der Bischof trat zu ihm und sagte leise: „Vergessen Sie nicht, vergessen Sie nie, daß Sie mir versprochen haben, das Geld anzunehmen, ein ehrlicher Mensch zu werden.“

Vasjean verließ die Stadt. Er lief, so schnell er laufen konnte, ins Freie. Er irrte den ganzen Vormittag umher, ohne etwas zu essen und ohne zu hungern. Eine Menge ihm neuer Gefühle drang auf ihn ein. Er zürnte und wußte nicht gegen wen. Furchtig erfaßte ihn eine wunderliche Weichheit, die er aber bekämpfte und der er die Verhärterung seiner letzten zwanzig Jahre entgegensehte.

Den ganzen Tag über drängten sich in ihm unaussprechliche Gedanken.

Als die Sonne sich zum Untergange neigte und der kleinste Stein o' Boden einen langen Schatten warf, hatte sich Vasjean in einer völlig öden rötlichen Ebene hinter einem Baum niedergesetzt.

Witten in seinen Gedanken, die nicht wenig beige-tragen haben würden, für jeden ihm Begegnenden seine Lumpen entseßlich zu machen, hörte er heitere Töne. Er sah sich um. Auf dem Wege kam ein vierzehnjähriger Knabe heran, der seine Geige an der Seite, den Marmelietkasten auf dem Rücken trug und sang, eines der harmlosen heiteren Kinder, die in zerrissenen Weinleibern von einem Lande zum anderen wandern.

Zimmern singend, blieb der Knabe bisweilen stehen und warf ein paar Geldstücke, die er in der Hand hatte, empor, wahrscheinlich ein Spiel, das ihm sagen sollte, ob er Glück haben werde. Darunter war ein Einfrankstück. Neben dem Busche blieb der Junge stehen, ohne Vasjean zu sehen, und warf seine Geldstücke empor, die er bisher sehr geschickt auf dem Handrücken aufgefangen hatte. Diesmal fiel das Einfrankstück herunter und rollte in das Gebüsch bis zu Vasjean.

Dieser setzte den Fuß darauf.

Der Knabe war aber seinem Gelde nachgelaufen und hatte es gesehen. Er wunderte sich nicht und ging gerade auf den Mann zu. „Serr!“ sagte der Kleine mit dem Kindervertrauen, das aus Unkenntnis und Unschuld besteht, „mein Geld!“

„Wie heißt du?“ fragte Vasjean. „Der kleine Gervais.“

„Fort mit dir!“

(Fortsetzung folgt.)

Verfallnis von Fristen und Terminen vor Gericht.

Von Justizinspektor Sennebeil-Essen.

Viele Volksgenossen nehmen es mit dem „Ausbleiben“ und „Zuspätkommen“ vor Gericht nicht sehr genau, weil sie meinen, daß es wohl nicht so „genau“ darauf ankommt. Es erscheint deshalb angebracht, einmal nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß im Gerichtsverfahren die pünktliche Einhaltung der gesetzlichen Fristen und gerichtlichen Termine ein strenges Erfordernis ist, dessen Nichtbeachtung ernste Rechtsnachteile nach sich zieht. Es genügt z. B. nicht, daß eine verklagte Partei dem Gericht schreibt, sie könne wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit zurzeit nicht zahlen; da sie vom Gericht geladen ist, so muß sie zum Termin erscheinen, wofür diese Einwendungen im Güterverfahren berücksichtigt werden können. Erscheint sie aber nicht, so ist der Richter auf Antrag des Klägers verpflichtet, Verfallnisurteil zu erlassen. Ein Verfallnisurteil kann auch gegen den Kläger erlassen werden, wenn dieser nicht zum Termin erscheint. In diesem Falle lautet das Urteil auf Abweisung der Klage.

Gegen das Verfallnisurteil steht der verurteilte Partei der Einspruch zu. Die Einspruchsfrist beträgt im Amtsgerichtsprozess eine Woche, im Landgerichtsprozess zwei Wochen. Die Einlegung des Einspruchs erfolgt durch Einreichung einer Einspruchsschrift, die enthalten muß die Bezeichnung des Urteils, gegen das Einspruch eingelegt wird, und die Erklärung, daß Einspruch eingelegt werde. Wird festgestellt, daß der Einspruch rechtzeitig eingelegt ist, so wird der Prozess in die Lage zurückversetzt, in der er sich vor Eintritt der Verfallnis befand. Fehlt es daran, so ist der Einspruch als unzulässig zu verwerfen. Erscheint die Partei, die Einspruch eingelegt hat, in dem zur mündlichen Verhandlung bestimmten Termin wieder nicht, so ergeht erneut Verfallnisurteil; dieses lautet dann dahin, daß der Einspruch verworfen wird. Gegen dieses zweite Urteil ist ein weiterer Einspruch nicht zulässig. Das Urteil ist damit rechtskräftig.

Die Kosten des Verfallnisurteils hat regelmäßig die Partei zu tragen, gegen die es erlassen ist, selbst wenn sie später in dem Prozess obliegen sollte.

Im Verfahren vor den Amtsgerichten muß der Klageerhebung ein Güterverfahren vorangehen. Erscheinen im Termin zur Güterverhandlung beide Parteien nicht, so erklärt das Gericht den Güterantrag durch Beschluß für zurückgenommen. Ein so für zurückgenommen erklärter Güterantrag gilt als nicht gestellt. Sollte durch den Güterantrag eine Frist gewahrt z. B. die Verjährung unterbrochen werden, so gilt die Frist durch das Ausbleiben als verfallen.

Verfallnis einer Prozesshandlung hat zur Folge, daß die Partei mit der vorzunehmenden Prozesshandlung ausgeschlossen wird. Es sind z. B. Tatsachen, welche nicht ausdrücklich bestritten werden, als zugestanden anzusehen; ist eine Partei gestorben, so gilt, falls die Rechtsnachfolger im Termin nicht erscheinen, die behauptete Rechtsnachfolge als zugestanden; widerspricht der Beklagte einer Änderung der Klage nicht, so ist seine Einwilligung anzunehmen, wenn er sich in der mündlichen Verhandlung auf die Klageänderung eingelassen hat; verweigert eine Partei die Leistung eines Eides, so gilt das Gegenteil der zu beschwörenden Tatsache als erwiesen. Einer Androhung der gesetzlichen Folgen der Verfallnis bedarf es nicht, sie treten von selbst ein.

Ist eine Partei durch Naturereignisse oder andere unabwehrbare Zufälle verhindert worden, eine Frist oder eine Frist zur Begründung der Berufung oder Revision einzuhalten, so kann ihr auf Antrag die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erteilt werden. Diese Wiedereinsetzung muß innerhalb einer Frist von zwei Wochen beantragt werden.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 3. Februar.
 * **Warenbericht.** Nach anfänglich rückgängiger Tendenz setzte im weiteren Verlauf an den meisten Effektenmärkten wieder eine leichte Besserung ein. Der Markt der inländischen Anleihen war unverändert. Am Geldmarkt ist die Nachfrage immer noch stark, tägliches Geld 5,50—7%, monatliches Geld 5,50—6,50%.
 * **Devisenbörse.** Dollar 4,21—4,22; engl. Pfund 20,34—20,48; holl. Gulden 168,45—168,87; Danz. 81,33 bis 81,53; franz. Frank 16,58—16,62; Schweiz. 81,06 bis 81,26; Belg. 58,60—58,74; Italien 18,01—18,05; schwed. Krone 112,40—112,68; dän. 112,34—112,62; norweg. 108,38 bis 108,64; tschech. 12,47—12,51; österr. Schilling 59,40 bis 59,54; poln. Zloty (nichtamtlich) 47,18—47,42.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 3. Februar. Die Weltmarktpreise lauteten für Weizen durchschnittlich etwas höher. Plata war in allen Arten fester und auch Nordamerika hielt seine Forderungen unanwandelbar; die zweite Hand war wenig im Markt. Inlandsweizen war von Sachsen etwas offeriert, aber nicht billig. Im Lieferungsgeschäft zeigten sich zeitweise vermehrte Abgaben für Mailieferung, wodurch diese der Festigkeit des März nicht folgte. Roggen schloß in Waggonware fast ganz und auch Kohnladungen waren nur vereinzelt im Markt. Preise sind fest gehalten, aber hiesige Mühlen unternehmen wenig. Im Zeitgeschäft war die Haltung unregelmäßig. Vordere Lieferung war zeitweise durch Begleichungen gedrückt, sonst war das Geschäft still. Für Mehl hat sich bei stillem Verkehr wenig geändert. Gerste blieb ruhig. Für Hafer war Angebot im Markt, Forderungen lauteten aber meist höher, als die Restetanten bewilligen wollten.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

Weiz., märk.	263-273	268-272	Weizfl. Brl.	3,2	2,2
„pommerfch.	—	—	Roggl. f. Brl.	15,2	15,2
Roggen, märk.	254-257	253-256	Raps	15,5	15,5
„pommerfch.	—	—	Leinsaat	—	—
„westpreuß.	—	—	Witt.-Erbsen	50-66	50-66
Brangerste	217-245	217-245	fl. Speiseerb.	33-36	33-36
Futtergerste	194-207	194-207	Futtererbsen	22-25	22-25
Hafer, märk.	190-200	190-200	Beluschten	22-23	22-23
„pommerfch.	—	—	Ackerbohnen	—	20,5-21,5
„westpreuß.	—	—	Wicken	23-24,5	23-24,5
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	15,2-16,5	15,5-16,5
p. 100 kg fr.	—	—	Lupin., gelbe	17,7-18,2	18-18,5
Fl. br. fr.	—	—	Ceradella	27,5-30,0	27,5-30,0
Sack (feinst.)	—	—	Rapsfuchen	16,5	16,5
Mrk. u. Not.	35,2-38,0	35,2-38,0	Zeinfuchen	21,0-21,5	21,0-21,5
Roggenmehl	—	—	Trodenschl.	11,8-12,1	11,8-12,1
p. 100 kg fr.	—	—	Sohn-Schrot	20,1-20,5	20,1-20,5
Berlin fr.	—	—	Sohn 30/70	—	—
incl. Sack	35,0-37,2	34,9-37,1	Kartoffelst.	29,8-30,2	30,0-30,2

* **Umtausch 10 %iger in 7 %ige Pfandbriefe.** In der Frage der Konvertierung 10 %iger landwirtschaftlicher Pfandbriefe ist die Entscheidung gefallen. Amtlich wird darüber das folgende Kommuniqué verbreitet: In der in der Reichsbank abgehaltenen Besprechung wurde beschlossen, die Konvertierung der 10 %igen Goldpfandbriefe der Preussischen, Sächsischen und Schleswig-Holsteinischen Landschaften in 7 %ige Goldpfandbriefe mit den gleichen Zinsfälligkeiten in dem Umfang vorzunehmen, wie den Landschaften von ihren Kreditverbindungen 10 %ige Pfandbriefdarlehen aufgekündigt worden sind. Die Landschaften werden den Inhabern der von der Auslösung betroffenen Goldpfandbriefe den Umtausch in 7 %ige Goldpfandbriefe anbieten. Die Konvertierungsdauer läuft vom 17. Februar bis 10. März d. J. Die Rückzahlung der nicht zur Konvertierung eingereichten gefälligkeits Goldpfandbriefe der Preussischen Landschaft erfolgt vom 1. April, die der Sächsischen und Schleswig-Holsteinischen Landschaften vom 1. Juli d. J. ab.

Beiratung der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft m. b. H.

Berlin. Hier trat der Beirat der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft m. b. H. mit dem Verwaltungsrat zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wurde die derzeitige Gesamtlage der Verhältnisse auf dem deutschen Getreidemarkt in eingehendster Weise erörtert, wobei die Vertreter aller beteiligten Gruppen (Handel, Konsumenten, Müller, Bäcker und Landwirte) reichlich die Gelegenheit wahrnahmen, ihren Standpunkt zu vertreten. Allgemein wurde anerkannt, daß die Dreifachergebnisse besonders für Roggen hinter den Schätzungen zurückgeblieben sind, daß aber von einer wirklichen Roggennot zurzeit nicht die Rede sein kann. Die Versammelten standen übereinstimmend auf dem Standpunkt, daß die Gesellschaft nach wie vor die Bewegung auf dem Getreidemarkt mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und nach Maßgabe ihres Könnens bei weiterer Steigerung zur Regulierung der Preise eingreifen soll. Einer Ausfuhr von Roggen soll sie sich nach wie vor enthalten. Eine vorübergehende Ermäßigung des Zollsaßes wurde gleichfalls erörtert, aber von allen Seiten als die Allgemeinheit durchaus ablehnend abgelehnt.

○ **Eine photographische Weltausstellung in Amsterdam.** Im Jahre 1928 wird in Amsterdam eine Weltausstellung der photographischen Kunst, Wissenschaft und Industrie unter dem Titel „Foto 1928“ stattfinden, an der sowohl Berufs- als auch Amateurphotographen teilnehmen sollen. 47 Länder haben bereits ihre Beteiligung zugesagt. In nächster Zeit soll sich eine mit den Vorbereitungen betraute Kommission zum Studium der ausländischen Photographie nach Deutschland begeben, wo sie vor allem die Maschinerie in Berlin und die Zeiß-Fabrik in Jena und Dresden besuchen wird.

○ **Aus Versehen ihr Dienstmädchen erschossen.** Als ein fremder Hund in Lippzprunge im Garten der Frau B. den Hühnern nachstellte, ließ sich die Frau das Jagdgewehr geben und schoß auf den Hund. Die Kugel traf jedoch das Dienstmädchen, das nach kurzer Zeit starb.

○ **Bau einer neuen Moselbrücke.** Die Koblenzer Stadtverordnetenversammlung genehmigte den Bau einer neuen Brücke über die Mosel, deren Kosten auf 5,5 Millionen Mark veranschlagt sind. Die Stadtverwaltung rechnet damit, daß das Projekt in das Bestprogramm des Reiches aufgenommen wird. Zur Lösung der Brückenkonstruktion soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.

○ **Die Grippe in der Tschechoslowakei.** Das Prager Ministerium für Öffentliches Gesundheitswesen gibt über die Verbreitung der Grippe in Böhmen im Zeitraum vom 23. bis 29. Januar einen Bericht aus, der für diesen Zeitabschnitt eine beträchtliche Verbreitung der Grippe festgestellt hat. Im ganzen wurden 34887 Grippeerkrankungen und 94 Todesfälle in 1922 Gemeinden gemeldet. 17189 Erkrankungen entfallen auf Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahr.

○ **England baut einen neuen Tanktyp.** Von der bekannten englischen Waffenfirma Vickers werden gegenwärtig 100 besonders konstruierte Tanks eines gänzlich neuen Typs von großer Geschwindigkeit hergestellt. Die Auftraggeber sind die japanische Regierung und die chinesische Nordarmee. Die von der japanischen Regierung in Auftrag gegebenen Tanks haben bereits Proben ihrer außerordentlichen Leistungsfähigkeit abgelegt.

○ **Im Wahnsinn sechs Passagiere getötet.** Im Hafen von Manila (Philippinen) versank ein Bord eines Dampfers ein Angestellter der Eingeborenenmiliz plötzlich dem Wahnsinn. Er rannte wild umher und tötete mit seinen Waffen sechs Passagiere; neun andere wurden von ihm schwer verletzt. Er wurde schließlich von der Polizei überwältigt und abgeführt.

Bunte Tageschronik.

Witten. Auf dem Postamt in Stodum wurde bei der Revision der Kasse ein Fehlbetrag von 4800 Mark festgestellt. Der der Unterschlagung verdächtige Beamte wurde sofort entlassen.

New York. Die erste für Amerika bestimmte Lokomotive mit Dieselmotoren der Boston- und Maine-Bahngesellschaft wurde bei Krupp bestellt.

Managua. Fünfundsechzig in Kama stationierte amerikanische Marineinfanteristen sind an Malaria erkrankt.

Paris. In Nizza wurden mehrere Personen wegen Herstellung falscher Pässe verhaftet.

Spiel und Sport.

Sp. Die Anstellung von Fußballlehrern durch alle Landesverbände des Deutschen Fußballbundes beabsichtigt der Bund — im Dienste der Olympiavorbereitung — nach Möglichkeit zu veranlassen.

Sp. Die Olympiavorbereitung im Deutschen Schwimmverband wird im Jahre 1927 nach den drei Gebieten Springen, Wasserball und Schwimmen getrennt durchgeführt. Die Ausbildung der Springer wird F. Stern-Gesellschaft (in Kursen in Gelsenkirchen), die Vorbereitung der Wasserballspieler Behrens-Magdeburg mit Unterstützung von Dr. Nixbaum-München und Kellner-Spandau (zunächst in Kursen in Magdeburg und Frankfurt a. M.) leiten, während die Schwimmer hauptsächlich im Seimort durch verschiedene Lehrer vorbereitet werden sollen.

Sp. Der deutsche Mittelgewichtsmeister Domgörgen soll im Rahmen der Dortmund-Berufsvorkämpfe am 13. Februar gegen den holländischen Weltergewichtsmeister van Blit in den Ring gehen.

Sp. Für die Turnlehrerschule der Deutschen Turnerschaft hat die Stadt Hagen (Westfalen) jährlich 500 Mark in ihren Haushaltsplan einzustellen beschlossen.

Sp. Der Deutsche und Österreichische Alpenverein hält seine diesjährige Hauptversammlung in den Tagen vom 1. bis 5. September in Wien ab.

Sp. Zum Großen Preis von Europa am 27. Februar in Brüssel wird der deutsche Dauerfahrer Lewanow gegen Linart, Grassin und Jäger starten.

Autokranke Indianer.

Die Orlahoma-Indianer gelten in ihrer Gesamtheit als eine der reichsten Völker; sie machen sich jedoch durch das Auto arm. Jeder, der genügend Indianerblut in den Adern hat, um im reservierten Territorium ausgenommen und zur Nutzung des Kapitals des Trustfonds (den Indianern als Stammeseinheit zustehend, oft sehr bedeutende Gelder) zugelassen zu werden, besitzt wenigstens ein Auto. Nicht selten kommt es vor, daß sich unter ihnen Besitzer von einem Duzend Wagen befinden. Ihre Wohnungen mögen so schlecht sein, daß man sie anderwärts nicht einmal als Viehställe gebrauchen würde. — diese alten verfallenen Baracken sind dauernd von einem Park von Autos umgeben. Autowat und Indianerfürsorge treiben im modernen Amerika soweit die Union in Frage kommt, seltsame Blüten.

Heerschau der deutschen Landwirtschaft

7. Reichslandbundtag.

Berlin, 2. Februar.

Die Reichslandbundtage sind von jeher Heerschaue des deutschen Landvolkes gewesen, ein gewaltiges Symbol der Geschlossenheit der Landwirtschaft in allen ihren Zweigen. Der heutige 7. Reichslandbundtag, verbunden mit dem Brandenburgischen Landbundtag, in Berlin brachte erneut den Beweis, daß sich das deutsche Landvolk der Notwendigkeit dieser Geschlossenheit als des Quells seiner Kraft bewußt ist. Über 12000 Landleute waren dem Rufe ihrer Führer gefolgt und füllten den Mieserbaum der alten Autohalle bis auf den letzten Nagel. Nach dem Einmarsch der Fahnen der Landbündler und Junglandbündler hielt

Der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kaldrenth,

oft von tosendem Beifall unterbrochen, die Eröffnungsrede. Er betonte, daß die Erkenntnis der Bedeutung der Landwirtschaft bei den anderen Berufsständen sich in steigendem Maße durchsetze. Dieser Erkenntnis müsse aber auch der Mut zu den entsprechenden Taten folgen. So müsse unter allen Umständen der im Schwedenvertrag erreichte mäßige Zollsaß auch bei den noch ausstehenden Handelsverträgen durchgehalten werden. Für die Produkte der Viehhaltung sei in dem kommenden Zolltarif ein wesentlich höherer Zollsaß notwendig.

Hierbei werde es sich zeigen, wer wirklich Bauernfreund sei, denn die Viehhaltung sei in erster Linie die Existenzgrundlage des kleinen Landwirts.

Völlig unzureichend sei auch der Schutz des Weizen-, Obst- und Gemüsebaues. Als intensivste Form der Landwirtschaft ermögliche er auf kleinstem Raum eine selbständige Existenz. Das sei volkswirtschaftlich bei der Raumenge des deutschen Volkes von außerordentlicher Bedeutung. Der Redner wandte sich darauf der Ausgabenfrage der Landwirtschaft zu und wies zunächst auf das Konto der Löhne und sozialen Lasten hin, die 50 bzw. 200 % über dem Vorkriegsstand lägen. Unmensurwerte Lohnabstriche seien unmöglich, da sie bei der Höhe der Industriearbeiterlöhne sozial ungerecht und durch ihren Anreiz zur Landflucht volkswirtschaftlich schädlich seien. Die Mehrkosten der sozialen Versicherungen ständen in einem höchst unbefriedigenden Verhältnis zu dem, was sie an wirklich wirksamer Leistung leisteten. Andererseits drohten sie, ein gefährliches Staatsrentenrumproh zu ziehen, wie überhaupt der Staat die Tendenz fördere und sogar steuerlich begünstige, den einzelnen aus dem wertschöpfenden Arbeitsprozess auszuschalten und seine Existenz auf Rentenbezug und Kapitalzins zu gründen. So sei das Grundvermögen neben der Vermögenssteuer mit unerträglich hohen Realsteuern für Länder und Gemeinden belastet, während das arbeitstosende gewinnbringende mobile Vermögen davon völlig frei sei. Zum Schluss wies der Redner auf die große Entscheidung hin, vor die das deutsche Volk gestellt sei:

entweder den Weg über die Schaffung der Nahrungsfreiheit aufwärts zur politischen Freiheit oder den zu einer Ausbeutungskolonie internationalen Großkapitals zu gehen.

Nachdem sich der brausende Beifall hatte, erhob sich

Reichs Ernährungsminister Schiele,

um die Größe des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg zu überbringen. Er betonte, daß es als seine Hauptaufgabe betrachte, die Anerkennung der Landwirtschaft auch in der Gesamtpolitik durchzusetzen; denn der Erfolg jeder Politik sei auf die Dauer abhängig von einer starken Innenwirtschaft.

Die Versammlung dankte für die Größe des Reichspräsidenten, indem sie sich mit jubelndem Beifall erhob.

Der Wille zu zielbewusster Geschlossenheit fand seinen packenden Ausdruck in der Rede des brandenburgischen Bauernführers Landtagsabgeordneter Gauger, der nach der Begrüßungsansprache des Ersten Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes, Rittergutsbesitzer Nicolas, das Wort ergriff. Die Bauernschaft bis zu den kleinsten Existenzen sei stets Rückgrat und Hauptbestandteil des Landbundes gewesen.

Durch den Bund sei die deutsche Bauernschaft zu politischem Selbstbewußtsein erweckt worden. Der Bauer sei mündig geworden im letzten Jahrzehnt und fest entschlossen, sein Schicksal selbst zu gestalten.

Für die Brandenburgische Landwirtschaftskammer sprach der Kammerpräsident, Rittergutsbesitzer von Dypen-Daininowalde.

Für den Reichslandarbeiterbund redete Reichstagsabgeordneter Giese. Die deutsche Landwirtschaft werde nur dann blühen und gedeihen, wenn ihr die organische Eingliederung der Landarbeiterchaft gelänge. Die Schlussrede hielt der

Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabg. Hepp.

Einleitend wies er auf die immer drohender werdende Entrechtungsgefahr für den privaten, besonders auch den ländlichen Besitz hin. Das geplante Wohnheimstättengesetz sowie das preussische Städtebaugesetz seien nicht nur wegen der Eingriffe in das Eigentumsrecht, sondern auch wegen der drohenden Vernichtung des Realrechts für den städtischen und ländlichen Besitz entschieden abzulehnen.

Es müsse künftig zu einer klaren Teilung der Aufgaben zwischen Staat und Wirtschaft sowie der zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und damit zu einer wahrhaft produktiven Gestaltung der gesamten öffentlichen Hand kommen.

Bei dem Bewilligungseifer der heutigen Parlamente sei eine Selbstbeschränkung des Parlaments nach englischem Brauch und eine Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers durch Schaffung eines Vetorechtes und besonderer Staatskontrollrechte notwendig. Nachdrücklich unterstrich der Redner die früheren Forderungen des Reichslandbundes nach Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten und Ausbau des Reichswirtschaftsrates. Er begrüßte die Bildung einer staatsbürgerlichen Mehrheitsregierung. Auch müsse immer wieder die

Revision der Dawes-Versprechungen

gefordert werden, um so mehr, da es heute bewiesen sei, daß die Grundlage des Dawes-Planes, eine deutsche Überschusswirtschaft, nicht vorhanden sei. Der Reichslandbund habe sich stets zu einer nationalen Wirtschaftsordnung bekannt. Er wisse sich hierin eins mit weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterchaft, die ebenso volksgebunden sei wie die deutsche Landwirtschaft.

Sie alle, Landwirtschaft, nationales Unternehmertum und deutschbewusste Arbeiterschaft, vereine das Bekenntnis zu gemeinsamem Volkstum, das in Zeiten größter Not erst recht den Kopf emporreckt, mit dem zerlegenden Klassen- und Ständekampf breche und sich zum Gedanken der Wehrhaftigkeit, zum deutschen Staate bekenne, in dem Bewußtsein: Unter gemeinsamer Ader ist Deutschland.

Unter brausendem Beifall erhoben sich nach der Rede die Versammelten und stimmten begeistert das Deutschlandlied an.

Hindenburg auf der „Grünen Woche“.

Am Donnerstags tag beschickte der Reichspräsident in Begleitung von Staatssekretär Meißner und in Anwesenheit des Reichsministers Schiele, des preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger und zahlreicher anderer Behördenvertreter in mehrstündigem Rundgang die Berliner landwirtschaftliche Ausstellung und Messe „Grüne Woche“.

Die Weiterentwicklung der Flugtechnik.

Von Gustav Lilienthal.

Die erstaunlichen Leistungen unserer Flugzeuge zeugen von einer technischen Vollkommenheit des Baues und einer Sicherheit der Handhabung durch die Führer, daß es fast überflüssig erscheint, noch Vollkommeneres anzustreben. Zwar übertrifft unsere Flugzeuge in ihrer Geschwindigkeit und Steigfähigkeit die Höchstleistungen der Vögel, aber dies ist nur möglich durch eine ungeheure Arbeitsleistung der Motore bei verhältnismäßig geringem Gewicht. Der tierische Muskel kann hiermit nicht konkurrieren. Wenn dennoch der Flug der Vögel immer noch für uns ein Vorbild für die Weiterentwicklung der Flugtechnik bildet, so liegt dies in der Erkenntnis, daß der Vogelflug nur eines sehr geringen Kraftaufwandes bedarf im Vergleich mit der Flugart der Käfer, deren Flugsystem unsere Flugzeuge nachahmen.

Überblickt man den Werdegang technischer Erzeugnisse, so findet man auf allen Gebieten Erfindungsarbeiten, die erst nach und nach zu Höchstleistungen entwickelt wurden.

Man betrachte ein altes Spinnet und einen modernen Flügel oder ein Piano. Die Erzeugung des Tones durch die geschlagene Saite geschieht nach wie vor, nur sind die Einzelheiten des Mechanismus vervollkommenet. In ähnlicher Weise hat man die ersten Dampfmaschinen zur heutigen Schnellzuglokomotive verbessert. Auto und Flugzeug zeigen eine gleiche Entwicklung. Letzteres wurde vom Gleitflugapparat zum Drachenflugzeug und jetzigen Junkerstyp vervollkommenet.

Sehr nahe liegt nun die Frage: Wann ist die beste Form erreicht? Bei ihrer Beantwortung muß man erwägen, wie weit die erreichte Form den Ansprüchen der Praxis genügt. Ist dies bejaht, so liegt kein Anreiz zu weiteren Verbesserungen vor. Nur Geschmacksrichtungen und Modelaufgaben werden noch Berücksichtigung finden.

Der Werdegang des Flugzeugs wurde durch das natürliche Vorbild des Vogelflugs beeinflusst, ohne es aber bis jetzt zu erreichen, und doch sind beide von gleichen Anfängen ausgegangen. In beiden Fällen erkennen wir den Gleitflug als die erste Anfangsstufe des freien Fluges.

Der noch nicht mit Schwungraden ausgestattete Urvogel (Archäopteryx) konnte nur durch Höhenaufgabe im Gleitflug eine Strecke lang die Luft durchstreifen. Die Krallen an seinen Beinen und an dem Ende seiner Flügel gestatteten ihm das Erklettern von Bäumen und Felsen, aber die vortreibende Wirkung der Schwungraden durch den Flügelschlag war ihm verfehlt. Auch jetzt noch lebende Vogelarten zeigen eine ähnliche Beschränkung des Flugvermögens, wie z. B. ein südamerikanisches Baumhuhn (Opisthocomus). Die ältesten fliegenden Tiere waren jedenfalls die Insekten, deren geringes Gewicht und eine minimale Größe durch aufsteigende Wärmeströmung und natürlichen Windauftrieb begünstigt wurden. Hieraus entwickelten sich die Käfer, deren starr gehaltene Deckflügel vermöge ihrer Wölbung genügenden Auftrieb durch den Vortrieb der sich brehenden Hinterflügel erhalten. Die große Muskelstärke dieser Tiere gestattete große Drehgeschwindigkeit der Hinterflügel.

Zu einem derartigen Flug gestatteten die Gebrüder Wright durch die Verwendung des damals zur praktischen Verwendung im Automobilbau kommenden Benzinmotors, mit dem die schnelllaufenden Schrauben angetrieben wurden, den Gleitflug. Durch dies Prinzip ist die Stellung des modernen Flugzeugs in dem Entwicklungsgang des modernen Fliegens ausgeprägt. Ebenso wie sich die Käfer vor allen Tieren durch eine ungewöhnliche Kraftleistung auszeichnen, erfordert auch das Drachenflugzeug außerordentliche Arbeitsleistung des Motors. Abseits von der Flugart der Käfer entwickelte sich der Flug der Hautflieger. Unsere Fledermäuse sind die lebenden Vertreter dieser Flugart. Sie erreichen im fliegenden Hund 2 Meter Flügelweite. Der fossile Pteranodon, auch ein Hautflieger, spannte sogar 7 Meter. Ob es jemals so große Vögel gab, ist noch zweifelhaft. Nicht flugfähige Vögel, wie der ausgestorbene „Moa“ Neuseelands, lassen vermuten, daß auch flugfähige Vögel einst die jetzt lebenden an Größe übertrafen. Der sagenhafte Vogel „Roch“ mag wohl so ein Riesenvogel gewesen sein.

Durch physiologische und aerodynamische Betrachtungen kommt man zu dem Schluß, daß die durch Flügelschläge fliegenden Tiere weniger Kraft bedürfen als die Käfer.

Mit Hilfe des jetzt hochentwickeltesten Benzinmotors ist die Erreichung des Ruderfluges nach Vogelart in greifbarer Nähe gerückt. Man braucht jetzt nicht mehr vorauszusetzen, durch Menschenkraft diesen Flug zu erreichen. Die Verwendung eines 3-Spindeligen Motors dagegen wäre ausreichend für den Flug einer Person.

Natürlich werden dem Bau eines Schwingenfliegers noch viele Schwierigkeiten entgegen treten. Wie mein Bruder aber zu sagen pflegte: „Es gibt wohl technische Schwierigkeiten, aber keine Unmöglichkeiten“, so wird die „Otto Lilienthal Gesellschaft“, die den Bau eines Schwingenflugzeugs in Angriff genommen hat, sich nicht beirren lassen, wenn ihm auch noch Mängel anhaften werden. Gelingt es dagegen, durch die Flügelschläge eine entsprechende Vorwärtsbewegung zu erzeugen, so tritt gleichzeitig eine Heberwirkung ein. Ein Abfließen vom Boden ist aber erst zu erwarten, wenn die Vorwärtsbewegung 16 Meter in der Sekunde erreicht. Wird dies erreicht, so stehen wir vor einer neuen biologischen Entwicklungsstufe des Fliegens.

Die Verminderung der erforderlichen Arbeitsleistung gegenüber den heutigen Flugzeugen würde das Fliegen einem wirtschaftlichen Betrieb erheblich näherbringen.

Auch für die Erreichung des mühelosen Segelfluges über ebenen Gelände oder in großer Höhe wäre hiermit die Möglichkeit gegeben, denn die Bauart eines solchen Flugzeugs lehnt sich eng an die Formen gegenseitig Vögel an, nicht nur durch das Flügelprofil, sondern auch durch die Gestaltung des Rumpfes und des Schwanzes.

Auch die Vögel haben den Segelflug erst erreicht über die Brüste des Ruderfluges. Daß nicht alle Vögel Segler sind, liegt an dem abweichenden Profil der Flügel von dem der Segler.

Hege und Jagd im Februar.

Von Wilhelm Hochgreve.

Der Vormonat ist wohl der stillste Monat in jagdlicher Beziehung. Das Wild hat größtenteils Schonzeit, bezw. soll jetzt im allgemeinen seine Ruhe haben. Hirsche und Damshäuser sind zwar gesetzlich für den Abschuss noch frei, sollten aber nur noch in Ausnahmefällen zur Strecke kommen. Kümmerer und Kranke müssen auf jeden Fall noch abgeschossen werden. Nach dem Jagd- und Schonzeitkalender ist das Wasserwild größtenteils noch zu bejagen, vom Standpunkte der Weidgerechtigkeit aus aber ist es nunmehr zu schonen. Das Jagen auf Februar-enten, und besonders nach harten Winterwochen, bereitet dem anständigen Weidmann kein Vergnügen. Ist der Februar milde, dann beginnt auch bereits gegen das Ende des Monats die Paarzeit (Reizzeit) der Enten, ein Grund mehr, den „Sohn in Ruh“ zu lassen. Sauen und Raubwild werden noch bejagt, die Sauen freilich auch nur, wenn es sich um einzelne Stücke handelt, die der Winter nicht allzu stark hat abhocken lassen. Einen starken Reiz wird freilich der weidgerechte Jäger sich auch dann nicht entgehen lassen wollen, wenn er zum Brett „abgemagert“ sein sollte. Wo die Sauen zu Schaden gehen, wird man beim Abschuss weniger Rücksicht bei der Auswahl üben können mit Ausnahme der sibirischen Wachen, die unbeschossen bleiben. Die Fuchsbau (die Däcke haben Schonzeit) werden geprüft, ob sie befaht sind. Die Bewohner (neben den Füchsen stecken häufig auch fremde Ragen und Irtise in alten Fuchsbauen) werden mit dem Erdhunde (Dackel und Terrier) gesprengt und dabei erlegt oder — vorbeigeschossen. Auch kleine Drückjagden, Pürsch und Anstich können einen der meist noch vollwertigen Bälge aufs Spannbrett bringen. Aber auch die Raubwildverfolgung soll ihre Grenzen haben.

Herrschte vorher recht hartes Wetter, dann ranzt das Raubwild zum Teil im Februar. Liegt Schnee, läßt sich aus den Spurenbildern deutlich erkennen, ob die Rüden ihren angebeteten Fühen noch folgen, oder man hat das Glück, einem verliebten Pärchen, bezw. mehreren um eine Schöne kämpfenden Rittern zu begegnen.

Hegerarbeit gibt's genug im Jagdgebiete! Ist, wie so oft schon, der Vormonat hart, dann darf sich der Heger nicht viel Ruhe am Tage gönnen. Das Raubwild (ein falscher Begriff, für den wir aber vorläufig keinen rechten Ersatz haben) hat im Februar, wenn er noch winterliche Unbilden bringt, sehr zu leiden und muß unbedingt weiter gefüttert werden. Ein Heu, Rüben (am besten die roten Pferdemöhren, die nicht so leicht frieren), Kastanien und Eicheln, sowie Salzlechte sind an möglichst vielen dem Wilde von früher her vertrauten Plätzen zu bieten. Auf solche Weise kommen auch schwächere Stücke und heimliche zu ihrem Rechte, und das Wild wird in Bewegung gehalten. Um diese Bewegung und damit den für das Wohlsein unbedingt nötigen Blutumschlag zu fördern, lasse man den Schneepflug fleißig arbeiten, der Laufbahnen schafft und gleichzeitig auch die natürliche Pflanzung (dem Wilde immer die liebste und bekömmlichste Nahrung) freilegt. Der gefährlichste Feind unseres Wildes im Winter ist der Sarschnee, der nur mit

dem Schneepflug bekämpft werden kann. Wilddiebe treiben ihr unfauberes Handwerk mit Vorliebe dann, wenn Mond und Schnee die Nacht zum Tage machen, und müssen, zumal an den Reviergrenzen, belauert werden. Federn und Zäune an Wald-rändern und Gärten sind auf Schlingen zu unterfuchen. Verdächtigen Spuren muß gefolgt werden, sie führen oft an Schlingen über Wecheln in Däunungen und Stangenörterern.

Starke Hirsche beginnen gegen das Ende des Monats ihren Hauptschmuck abzuwerfen. Die meisten Hirschkanten aber fallen erst im März, so daß der Februar seinen altheidischen Namen „Sornung“ nicht mehr voll verdient. Die abgeworfenen Hirschkanten werden gerne von Waldarbeitern und anderen Leuten gesucht und, besonders wenn Passkanten gefunden wurden, auf künstlichen Schädeln aufgesetzt als Wandschmuck verwendet oder teilweise an Drechsler verkauft. Die Stangenfuchere! ist eine leidige Störung für das Wild und muß möglichst unterdrückt werden. Was an Abwurfkanten im Walde liegen bleibt, wird von Ragnern aller Art (Mäusen, Siebenschläfern, Eichhörnchen) benagt und von Füchsen, Dächsen und Mardern behaut, die alle der Salzgehalt anreizt. Im Museum des Instituts für Jagd-hunde in Berlin-Zehlendorf sind zahlreiche interessante Stücke solcher Geweihe- und Gehörntungen zu sehen.

Eine neue arktische Forschungsreise.

Auf Veranlassung des skandinavischen „Institutet for sammenhengende Kulturforskning“ soll eine nordische Expedition nach der entlegenen russischen Halbinsel Kola ausgerüstet werden, deren Reiseweg von Professor Fridtjof Nansen im einzelnen entworfen wird. Kola liegt zwischen dem Weißen Meer und dem Eismeer und besteht aus einer Hochfläche von 99000 Quadratkilometer Umfang. Dort liegt als Stadt gleichen Namens der Hauptort des russischen Lapplands mit kleinem Hafen. Seine Bewohner leben fast ausschließlich von Jagd und Fischfang. Die Forschungsreise dient vornehmlich der Aufgabe, die Bevölkerung dieses Gebietes einer eingehenden menschlichen und sprachkundlichen Untersuchung zu unterziehen und daneben gewisse Erkenntnisse von den früheren Lebensbedingungen und -gewohnheiten dieser Lappen zu gewinnen. Die Fahrt soll von zwei Abteilungen unternommen werden, von denen die erste voraussichtlich im Februar 1928 von Ostfinnmarken ausgehen wird, während die andere erst im Sommer folgen soll, um die Ergebnisse der vorhergegangenen nach Möglichkeit auszubauen und zu vertiefen. Jede dieser Gruppen wird von 10 bis 12 Wissenschaftlern begleitet werden; darunter befinden sich die Professoren A. W. Brögger, Konrad Nielsen und Konrad Schreiner. — Prof. Nansen hat bereits Verhandlungen mit der russischen Regierung zwecks Erlangung einer Einreiseerlaubnis für die betreffenden Fahrtteilnehmer eingeleitet. Außerdem ist von der amerikanischen Stiftung „Laura Spelman Rockefeller Memorial“ ein wesentlicher Betrag für die Durchführung dieses Unternehmens bereitgestellt worden, so daß es so gut wie gesichert ist.

Aus dem Nachlaß

von Otto Ernst.

Die Welt verachtet den Verleumder; aber sie glaubt ihm gern.

„Anhänger“ nennt man die Menschen, die sich an eine Idee hängen, bis sie erfäuft.

Um gegen Kinder die nötige Festigkeit zu haben, ist ein gewisser Grad von Egoismus der Eltern sehr nützlich.

Gleichheit ist Flachheit; darum verlangen alle Flächen nach ihr.

Durchhalten in der Treue zu Redlichkeit und Wahrheit. Alles dagegen Geredete ist schillernder Schwindel.

Man soll in Kunst und Leben nie von der Rolle auf den Darsteller schließen; in einer Fideleio-Befehung kann der Pizarro der einzige anständige Mensch sein.

Maskenverleib.

Skizze von Wolfgang Federau.

Der Expedient Philipp Brunzen war nicht sehr zufrieden mit seinem Leben, wie er es nun schon annähernd zehn Jahre führen mußte. Er fand es eigentlich sehr langweilig und sehnte sich brennend danach, irgend etwas zu erleben, etwas Selbstames und Unerhörtes. Und wenn er in den dunklen Büroräumen des Tee-Exporthauses „Lognor“ vor seinem Pult saß, Frachtbriefe und Transportversicherungen durchprüfte, saubere Zahlenkolonnen in den dickbändigen Geschäftsbüchern aufmarschieren ließ, dann träumte er zuweilen gern von jener fernem und fremden Welt, von deren Erzeugnissen auch er gleichsam indirekt lebte. In seinem Zimmerchen stand auf dem kleinen Bücherschrank ein bronzenener Buddha, den ein Kapitän ihm einmal für eine kleine Gefälligkeit geschenkt hatte. Philipp Brunzen, der sonst von solchen Dingen wenig Ahnung hatte, hing sehr an dieser Figur, die ihm das Geheimnisvolle und Wunderliche Chinas näher zu bringen schien. Er lebte sehr zurückgezogen, hatte nur wenige Bekannte und seinen Freund — so mußte ihm die Phantastie jene Abenteuer und Erlebnisse erleben, die ihm das reale Leben versagte.

Dennoch geschah es eines Tages, daß er eine Einladung zu einem Maskenball erhielt und nach kurzem Nachsinnen sich entschloß, an dem Fest teilzunehmen.

Den ersten flüchtigen Wunsch, sich nach eigenen Angaben ein phantastisches Kostüm arbeiten zu lassen, schob er bald der großen Kosten wegen bei Seite. Er machte sich also an einem Abend auf den Weg, um in irgend einem Verleibgeschäft ein ihm zuzugedendes Kostüm auszuborgen. Auf seiner Wanderung, bei der sich Philipp Brunzen mehr vom Zufall als von bestimmten Zielen leiten ließ, geriet er in Kürze in eine sehr dunkle und etwas bedrohlich aussehende Gasse, die er offenbar nie vorher gesehen hatte. Ein schmaler Kanal durchschnitt die Straße, das Wasser, das ihn träge durchfloß, war schwarz und stumpf wie Tinte. Gerade hier, an einem altzeitlichen Hause, dessen Grundmauern von dem Wasser umspült wurden, entdeckte der junge Mensch ein Schild „Totur Brodan — Maskenverleib“. Der fremdartige Name, das geheimnisvolle Aussehen des Hauses, die ganze düstere und traurige Umgebung übten auf Philipp Brunzen eine eigenartige Anziehungskraft aus. Hier glaubte er, werde zu finden sein, was er suche — und nach kurzem, etwas ängstlichem Zögern faßte er Mut, zog an der Klingel, die Tür sprang auf geheimnisvolle Art auf, und er befand sich alsbald in einem großen, düsternen Raum, der von der Diele bis zur Decke mit Gerümpel aller Art, glühendem Metallgerät, Waffen und Kleidungsstücken angefüllt war. Eine kleine Petroleumlampe verbreitete ein kärgliches Licht, das die Dunkelheit mehr unterflich als befeichtigte.

Es war zunächst keine Menschenseele zu sehen. Aber nach dem Philipp Brunzen einige Minuten gewartet hatte, kam ein kleiner, alter Mann angetrippelt, der sich tief verbeugte und sich nach den Wünschen des anderen erkundigte. Er war altmodisch gekleidet, hatte wirres, graues Haar, buschige, fast schwarze Augenbäuer und über der hakenförmigen Geiernase ein paar Augen von so scharfem, stechendem Glanz, daß Philipp ein Frösteln überließ. Da er sich jedoch genetzte, seine Unruhe zu zeigen, so erzählte er kurz und etwas hochmütig, was er benötige. Der

Sändler verneigte sich nochmals demütig, und es schien dem Kunden, als ob ein höhnisches Grinsen die Lippen des Alten verzerrte. Er vergaß es aber sofort, als der Sändler ein Kostüm vor ihm ausbreitete und mit schlichter Bestimmtheit erklärte, dies sei es, was er brauche. Es war ein prächtiges, gelbseidenes Mandarinenkostüm mit allem Zubehör, und Philipp Brunzen griff zu, ohne lange zu überlegen. Als er nun noch hörte, daß das Kostüm echt sei und einem Mandarinen gehört habe, der vor einigen Jahrhunderten auf abenteuerliche Weise ins Leben gekommen sei, betastete er fast ehrfürchtig den kostbaren, knisternden Stoff. Der Trödler legte noch eine Maske zu, die aus einem weichen, gelblichen Leder angefertigt war, das sich eng an das Gesicht anmiegte und auf dem ein chinesisches Antlitz von tückischer Wildheit so kunstvoll aufgemalt war, daß das Ganze den Charakter einer starken, unveränderlichen Maske völlig verlor. Der junge Kaufmann bezahlte die auffallend geringe Leihgebühr, und während der Trödler ihn höflich bis zur Türe geleitete, versicherte er immer wieder, daß der Herr sehr zufrieden sein und sich in dieser Maske sicher außerordentlich gut unterhalten würde.

Was gewag nun aueromngs man. Zum mindesten nicht in der Art, wie Philipp Brunzen es erwartet hatte. Als er in seiner prächtigen Verkleidung den Ballsaal betrat, erregte er zwar allgemeines Aufsehen; doch das merkwürdig peinigende Gefühl, das ihn bereits zu Hause in demselben Augenblick erfüllte, als er das kostbare Seidengewand eben übergeworfen hatte, schien sich nun allen anderen Gästen mitzuteilen. Wo er erschien und längere Zeit verweilte, merkte er alsbald an der Haltung und dem flüsternden Gespräch der anderen, daß man ihn mit einem heimlichen Grauen musterte. Einige junge Mädchen in lustigen, phantastischen Kostümen hatten anfänglich versucht, mit dem unheimlichen Fremdling zu tändeln und zu spaßen. Aber dann hatte eine im Übermut sein Antlitz gestreift und war erschreckt zurückgefahren. Die Wärme des Körpers hatte sich der Ledermaske mitgeteilt, und das Mädchen hatte die feste Ueberzeugung gewonnen, daß der Mensch da vor ihr sich überhaupt nicht verkleidet habe, sondern ganz das sei, was vorzustellen er sich so ernsthaft bemühte.

So blieb der Mann in dem menschengefüllten Saale bald völlig allein, wurde gemieden wie ein Geächteter, und der arme Keil, selber von einer unerklärlichen Angst verfolgt, mußte schließlich keinen anderen Ausweg, als daß er sich verdröffen in eine der anderen halbwegs verborgene Ecke setzte und ein Glas Wein nach dem anderen in sich hineinschüttete. Ungewohnt eines so reichlichen Alkoholgenusses, erhob er sich endlich schwankend, zahlte und verließ sofort den Saal, der schon in aufregender Weise um ihn zu kreisen schien. Raum aber hatte er seinen Fuß auf die Straße gesetzt, als oben die Musik einen lauten Tusch spielte und die lange zurückgebämmte Feststimmung plötzlich alle Teilnehmer des Vergnügens mit hemmungsloser Fröhlichkeit erfüllte.

Philipp Brunzen fand mit einigen Schwierigkeiten den Weg durch die von flatternden Nebelschwaden erfüllten Straßen nach Hause. Viel zu müde, um sich noch auszukleiden, warf er sich mit einem schweren Nachen auf sein schmales, dürftiges Lager und fiel sofort in einen tiefen, traumlosen Schlaf.

Auftauchend aus der Dunkelheit dieses Schlafes, hatte er alle Erinnerungen an sein bisheriges Ich verloren. So sehr

so enougung verloren, daß ihn nur einmal die Veränderung seiner Umgebung auffiel.

Für ihn, einen Mandarinen vom siebenten Grade, der die befondere Günst des Sohnes des Himmels besaß, war es ja doch selbstverständlich, daß er in der alten Kaiserstadt Peking in einem prächtigen, kostbaren Palaste wohnte, daß ungezählte Diener sich vor ihm auf den Boden warfen und zitternd seine Befehle erfüllten. Er, der Mandarin Wu-Lei-Tsin, führte nun jenes wilde, schöne und bunte Leben voller Gefahren und Abenteuer, nach dem sich der kleine Angestellte Philipp Brunzen aus der norddeutschen Handelsstadt vergeblich geseht hatte. Er befuhr mit seinen Dschunken den Hoang-ho und den Liau-ho, kämpfte gegen Seeräuber in den Buchten von Tschil und Wlantung und herrschte über seiner Provinz mit Härte, Grausamkeit und rücksichtslosen Ehrgeiz.

Sein Kaiser vertraute ihm unbedingt. Und so erhielt Wu-Lei-Tsin eines Tages den ehrenvollen Auftrag, eine mongolische Dschunke vor zu aufzufangen, die Befehle zu töten und ein tartarisches Mädchen, das sich auf dem Schiffe befinden würde, heimlich nach dem kaiserlichen Palast zu bringen. Wu-Lei-Tsin, der schwierigere Aufgaben vollführt hatte, bestimmte sofort seinen schnellsten Segler und enterte in einer türmischen Nacht auf hoher See das mongolische Fahrzeug. Die Besatzung wurde erbarmslos hingerichtet, die Tatarin aber wurde zunächst in des Mandarinen eigenem Hause in Sicherheit gebracht. Hier nun geschah es, daß sich der Mandarin in das zarte und seine Gesicht des jungen Mädchens verliebte und beschloß, die seltene Beute für sich zu behalten. Er meldete dem Kaiser, daß er zwar die Dschunke erobert und die Befehle getötet habe, wie es sein Herr und Gebieter befohlen, daß sich aber das Mädchen leider nicht auf dem Schiffe befunden habe. Der Kaiser hörte die Meldung ernsthaft an, gab seinem Bevauern über den Fehlschlag des Unternehmens Ausdruck und entließ den stolzen und mächtigen Mandarinen mit einigen huldreichen Worten.

Als Wu-Lei-Tsin, froh der gelungenen List, in seinen Palast zurückkehrte, war die Tatarin verschwunden. Statt ihrer erwartete ihn bereits ein Bote des Kaisers mit der nüchternen Mitteilung, daß der Herrscher des Reiches der Mitte hoffe, den Mandarinen am nächsten Tage nicht mehr unter den Lebenden zu sehen und sein wichtiges Amt bereits einem anderen Würdenträger — es war der gebastete Nebenbuhler des Mandarinen — übertragen habe...

Als die Wirtin von Philipp Brunzen gegen Mittag des auf den Maskenball folgenden Tages das Zimmer noch verschlossen fand und auf mehrfaches Anklopfen keine Antwort erhielt, holte sie die Polizei und ließ das Zimmer gewaltsam aufbrechen. Man fand den jungen Menschen auf seinem Bette liegend, noch in dem Kostüm, mit dem er am Abend vorher das Haus verlassen hatte. Um seinen Hals lag die Schlinge einer Gardinenschnur, mit der er sich selbst erdrosselt hatte. Er mußte die Schlinge offenbar mit ungeheurem Aufwand von Willenskraft gezogen haben — ein Zufall war völlig ausgeschlossen. Sein Antlitz war noch von der weichen Ledermaske bedeckt, die ihm das Aussehen eines grausamen und stolzen Chinesen gab. Als man sie entfernte, sah man in ein ruhiges, sanftes und fast knabenhaftes Gesicht. „Selbstmord in einem Anfall von Schwermut“, stellte der herbeigerufene Arzt fest. Der Besitzer des Mandarinenkostüms hat sich trotz mehrfacher Aufrufe der Polizei nie gemeldet...

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfing eine Abordnung des Vorstandes des Reichsbundes der Kinderreichen zum Schutze der Familie e. V., um ihre Wünsche zu den schwebenden Gesetzesvorlagen entgegenzunehmen.

Wien. Nach einer Meldung der kölnischen Zeitung hat das preussische Landwirtschaftsministerium zur Hebung der Wirtschaftslage in den Weinbaugebieten eine einmalige Beihilfe von acht Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt, die nur für die Herstellung von Weinbergswegen verwendet werden sollen.

Paris. Im Ministerrat wurde beschlossen, dem früheren Ministerpräsidenten Monis eine lebenslängliche Pension von 24.000 Frank jährlich aus der Staatskasse zu überweisen. Monis ist heute 80 Jahre alt und weil er kein Vermögen besitzt, gezwungen, den Unterhalt für sein Leben als Rechtskonsulent zu verdienen.

Rom. In Cantagallo im brasilianischen Staat Rio de Janeiro soll ein Deutscher eine Photographie von Mussolini mit verschiedenen Bemerkungen gegen den Ministerpräsidenten geschrieben haben. Daraufhin sei er von einem Italiener erschossen worden.

Rom. Auf einer Tagung des Organisationsausschusses der Gewerkschaften, die Führung in der Bewegung des auf sozialistischer Grundlage stehenden, jetzt aufgelösten Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hatten, wurde beschlossen, sich in den Dienst des Faschismus zu stellen.

Vermischte Nachrichten aus aller Welt

Der preussische Kultusminister über die Pestalozzi-Stiftung.

Berlin. Am 17. Februar d. J. wird an allen preussischen Schulen das Andenken Johann Heinrich Pestalozzis gefeiert werden. Im Zusammenhang hiermit veröffentlicht der preussische Kultusminister Dr. Weder einen Aufruf für die Pestalozzi-Stiftung, in dem er die Bevölkerung auffordert, in Pestalozzis Sinne „eine Arbeit zu beginnen, die unserer Zeit so nötig wie Pestalozzis Werk den Kindern seiner Zeit“. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht den Ausführungen des Ministers entnimmt, wird zukünftig einzelner hervorragender begabter minderbemittelter junger Menschen die Pestalozzi-Stiftung als Stütze der öffentlichen Rechts errichtet. Sie will ihnen während ihrer Schulzeit in den öffentlichen und privaten Volks-, Mittel- und höheren Schulen über wirtschaftliche Schwierigkeiten, die der Entfaltung ihrer Anlagen im Wege stehen, planmäßig hinweghelfen. Diese Hilfe wird auch dem werdenden Lehrer aller Schularten während seiner beruflichen Ausbildung durch die Stiftung zuteil. Die Stiftung unterstützt ohne jede Rücksicht auf Herkunft, Bekenntnis und politische Gesinnung; sie soll von einem aus Schulfachverständigen bestehenden Vorstand fachverständig geleitet, im Kuratorium und in der Generalversammlung der Spender Vertreter aller beteiligten Lehrer-, Eltern- und Verwaltungskreise zu gemeinsamer Arbeit vereinigen. Der preussische Finanzminister hat der Stiftung 75.000 Mark zur Verfügung gestellt.

Der Sommerfelder Doppelmord aufklärt.

Sommerfeld. Als Mörder des hier ermordeten Ehepaars Eschenke wurden zwei Fürsorgezöglinge festgestellt, nach denen die Polizei eifrig fahndet.

Schlägereien in der Wiener Universität.

Wien. In der hiesigen Universität kam es zu Schlägereien zwischen sozialistischen und deutschnationalen Studenten. Die Sozialisten hatten Flugblätter verteilt, in welchen gegen die Vorgänge im Burgenland, gegen die Errichtung von Schießständen an der Universität, besonders aber gegen das neue preussische Studentenrecht protestiert und die Studentenschaft zum Kampfe aufgefordert wird. Die deutschnationalen Studenten wollten die Verteilung der Flugblätter verhindern, was zu Schlägereien zwischen den beiden Gruppen führte. Die Sozialisten wurden schließlich aus der Aula herausgedrängt und nahmen auf der Kampe Aufstellung, von wo sie dann zum Parlament zogen. Die Deutschnationalen zogen ihnen nach und es kam im Rathauspark zu neuerlichen Zusammenstößen. Dann zogen die Deutschnationalen zur Universität zurück, besetzten die Kampe, wo sie Reden hielten und nationale Lieder sangen. Die Polizei war bei den Auseinandersetzungen im Rathaus bald eingeschritten. Sie stellte die beiden Parteien und nahm einige Arrestierungen vor. Mehrere Studenten erhielten Verletzungen durch Stockschläge.

145 000 Mark veruntreut.

Berlin, 4. Februar. Bei der Berliner Rindl-Brauerei in Weissensee sind Unterschlagungen im großen Umfange aufgedeckt worden. Der 61 Jahre alte Hauptassistent der Brauerei, der im Laufe der Jahre 145 000 Mark veruntreut hat, wurde gestern verhaftet.

Mord oder Unfall?

Elterlein, 4. Februar. Am Mittwoch früh wurde im hiesigen Mühlgraben der Firma Henschel und Co. der 73jährige Berginvalide Steeg von hier tot aufgefunden. Dem Toten, der nur leichte Hautabschürfungen aufwies, fehlen die Uhr und der größte Teil der am selben Tage abgehobenen Rente. Die Untersuchungen dauern an.

Vor der Anklageerhebung in der Morbsache Rosen.

Breslau, 3. Februar. Heute fand in der Morbsache Rosen eine Gegenüberstellung zwischen Zahn und Strauß statt, bei der ersterer seine Taufschilderung aufrecht erhielt. Strauß blieb bei seinem Leugnen. Entgegen seiner ursprünglichen Bekundung wurde festgestellt, daß doch recht enge persönliche Beziehungen zwischen beiden bestanden, was Strauß auch zugeben mußte. Heute nachmittag fand eine Ortsbesichtigung unter Zugziehung des Zahn statt. Die Akten sollen nunmehr im Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt abgeschlossen und diesem morgen übergeben werden. Mit Erhebung der Anklage ist nunmehr in Kürze zu rechnen.

Ein Schlepptanker gesunken. Zwei Mann ertrunken.

Bremerhaven, 3. Februar. Beim Einschleppen des amerikanischen Dampfers „Republic“ wurde der Loggdampfer „Sirius“ im Kaiservorhafen nach der Seite hinübergerissen und sank. Zwei Mann der Besatzung ertranken.

Selbstmord eines Elfjährigen.

Offenbach, 3. Februar. Gestern erschoss sich in der Wohnung seiner Eltern der 11 Jahre alte Schüler Fritz Zölner, weil er von seiner Mutter wegen schlechter Schularbeiten getadelt worden war.

Erdbeben in Shanghai.

London, 3. Februar. Ein heftiges Erdbeben erschütterte heute vormittag 11,50 Uhr eine halbe Minute lang die Stadt Shanghai. Am 1 Uhr wurde ein weiteres Beben von 70 Sekunden Dauer verspürt. Ob Schaden angerichtet wurde, ist noch nicht bekannt.

Sächsisches. Sächsischer Landtag.

12 Sitzung.

Dresden, 3. Februar. Die Gepflogenheit des Landtagspräsidenten, die Tagesordnungen von vornherein so mit Beratungspunkten zu bepacken, daß die Beratungen an dem vorgesehenen Sitzungstage nicht zu Ende geführt werden können, führte dazu, daß am heutigen Sitzungstage noch sieben wichtige Beratungspunkte aus der vorigen Sitzung erledigt werden mußten, ehe an die neue, wiederum 10 Punkte aufweisende Tagesordnung herangegangen werden konnte.

Zunächst wurde über die kommunistischen Anträge betr. **Abänderungsvorschläge zu den Richtlinien über Ruhegeld und Hinterbliebenenversicherung**, betr. die **Regelung der Arbeitszeit** und betr. die **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze**, zu denen in der vergangenen Sitzung die Berichterstatter bereits eingehend gesprochen hatten, weiter beraten.

Die Aussprache dehnte sich fast über vier Stunden aus, obwohl es sich ausschließlich um Fragen handelte, für deren Entscheidung letzten Endes der Landtag gar nicht zuständig ist.

Der Antrag auf reichsrechtliche Festlegung der Arbeitszeit und Verbot der Überstunden ohne Zustimmung der Gewerkschaften wurde dann an den Ausschuß zurückverwiesen.

Ein Antrag, beim Reiche dahin vorstellig zu werden, daß eine **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze** eintritt, wurde angenommen, da die USP, die Aufwärtler und die Nationalsozialisten mit der Linken stimmten. Dasselbe Mehrheit ergab sich bei der Abstimmung über die Frage der Arbeitslosenversicherung, für die bekanntlich der Landtag auch nicht zuständig ist.

Es folgte die Beratung eines kommunistischen Antrages auf **Befreiung der Sozialrentner und Fürsorgeempfänger von der Mietsteuer**. Nach unweiliger Aussprache wurde beschlossen, im Sinne des Ausschußantrages die Regierung zu ersuchen, zu verordnen, daß die Bezirksfürsorgeverbände, die sich aus § 4 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 und §§ 15 und 16 des Aufwertungsgesetzes ergebenden Härten gegenüber den Mietern beseitigen und die dazu nötigen Mittel den Bezirksverbänden zur Verfügung zu stellen oder zu erstatten. Wirtschaftspartei, Demokraten und Volkspartei stimmten gegen den letztgenannten Teil des Antrages.

Präsident Schwarz schlug dann dem Hause im Hinblick auf die vorgerückte Stunde vor, nur noch den Rest von der Tagesordnung der vorhergehenden Sitzung aufzuarbeiten und die Punkte der Tagesordnung für die heutige Sitzung in späteren Sitzungen zu beraten, welcher Vorschlag gegen einen Teil der Linkssozialisten angenommen wurde.

Dann wurden noch zwei sozialdemokratische Anträge auf **Erhöhung der Invaliden- und Unfallrentnerbezüge**, auf **Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug von Invalidenrente und Ruhegeld der Angestellten auf das 60. Lebensjahr** und ein weiterer Antrag auf **Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über einheitliche Richtsätze und Richtlinien für die Unterstützungssätze an Sozial- und Kleinrentner** in zweiter Lesung beraten.

Der kommunistische Antrag auf dreifache Erhöhung der Bezüge der Invaliden- und Unfallrentner wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag des Haushaltsausschusses A, die Bezüge der Invaliden- und Unfallrentner mindestens den Sätzen der Erwerbslosen gleichzustellen, wurde angenommen; ebenso einstimmig der weitere Antrag, bei der Reichsregierung die beschleunigte Vorlegung der schon mehrfach beantragten Denkschrift anzuregen über den Stand der gesamten Reichssozialversicherung und hierauf bezügliche Reformpläne. Hierbei soll die Senkung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente aus der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung mit erörtert werden. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, bei der Reichsregierung auf Schaffung eines einheitlichen Trägers für die gesamte Sozialversicherung hinzuwirken. Dieser Antrag fand Annahme, weil auch hier wieder die Aufwertungsparteiler mit den Linken stimmten.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 8. Februar. Tagesordnung: **Rede des Finanzministers über den Staatshaushaltsplan für 1927.** Dienstag, den 15., und Mittwoch, den 16. Februar, soll dann die **Aussprache über den Etat** stattfinden.

Für Aenderung von Bestimmungen der Gewerbe- und Grundsteuer.

Die deutschnationale Fraktion hat im Landtag einen Antrag **Berg** eingebracht, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage alsbald eine Gesetzesvorlage vorzulegen, nach welcher das sächsische Grundsteuergesetz sowie das sächsische Gewerbebesteuerungsgesetz vom 30. Juni 1926 dahin geändert wird, daß in § 32 (1) des Grundsteuergesetzes und im § 30, Absatz 2 des Gewerbebesteuerungsgesetzes die Zahl „150“ abgeändert wird in „100“ und die Worte „in gleicher Höhe wie die Staatssteuer“ umgeändert werden in die Worte „in Höhe von 75 vom Hundert der Staatssteuer“.

Dieselbe Fraktion hat weiter einen Antrag **Schreiber-Pagen** eingebracht, die Regierung zu ersuchen, alsbald dem Landtage eine Gesetzesvorlage vorzulegen, nach welcher das sächsische Grundsteuergesetz vom 30. Juni 1926 dahin abgeändert wird, daß 1. § 7 (1) künftig lautet: „Der Steuerfuß beträgt für jedes Rechnungsjahr 2 v. T. des Wertes“ (bisher 3 bzw. 2½ v. T.) (§ 6) und Abs. 2 gestrichen wird, 2. in § 28 (1) zu Satz 2 noch hinzugefügt wird: „und die Grundsteuerbehörden sind berechtigt, je nach dem Zeitpunkt der Erntebeendigung einen späteren Termin als den 15. Oktober festzusetzen“, 3. § 41 (Feuerschutzabgabe) gestrichen wird.

Erlöschen des Zivilversorgungsscheines.

Ein Zivilversorgungsschein, der nach den Vorschriften des Militärversorgungsgesetzes verliehen worden ist, erlischt nach § 34 dieses Gesetzes, sobald der Inhaber aus dem Zivildienst mit einer Pension in den Ruhestand tritt. Unter „Zivildienst“ ist hierbei jede Anstellung als Beamter im Reichs-, Staats- usw. Dienst, also auch eine Anstellung in einer den Versorgungswärtern nicht vorbehaltenen Stelle, zu verstehen. Die Fassung des § 58 der Anstellungsgrundsätze, wonach ein Versorgungsschein nur dann erlischt, wenn der Versorgungswärter aus einer Beamtenstelle mit Ruhegehalt ausscheidet, die er auf Grund seines Versorgungsscheines erhalten hat, ist nach einem soeben ergangenen Bescheide des Reichsarbeitsministers mithin auf Inhaber eines Zivilversorgungsscheines nach dem Militärversorgungsgesetz nicht anwendbar.

Die „mittlere Reife“.

Dresden. Der Abg. Dr. Gelfert und die übrigen Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei haben im Landtag folgende kurze Anfrage an die Regierung eingebracht:

„Durch die Verordnung des Volksbildungsministeriums vom 4. Januar 1927 über die „mittlere Reife“ ist in der Bevölkerung Beunruhigung darüber entstanden, daß diese den höheren Abteilungen der Volksschulen zuerkannte Berechtigung mit der Obersekundareife verwechselt und ihr ohne weiteres gleichgestellt werden wird. Ist die Regierung bereit, hierüber Aufschluß zu geben, insbesondere den Umfang der beiden Berechtigungen genauer abzugrenzen? Ich begrüße mich mit schriftlicher Antwort.“

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht. Am 30. August v. J. wurde der 1893 zu Niederlössnitz geborene Fleischermeister Anton Mehlig dabei betroffen, wie er in der Hadankstalt des Dresdner Schlachthofes eine stinkende und auch völlig verdorbene Fleischmasse zum Zwecke der Verarbeitung zu Brühwürstchen durch den sogenannten Kutter laufen lassen wollte. Mitte November stand Mehlig vor dem Schöffengericht Dresden. Die Verhandlung, über die bereits ausführlich berichtet wurde, entrollte ein recht übles Bild. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens nach § 12 Ziffer 1 des Nahrungsmittelgesetzes zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten Mehlig, der seine Freisprechung anstrebte, und auch die Staatsanwaltschaft aus gegenteiligen Gründen Berufung eingelegt. Es stand deshalb am Mittwoch vor der 6. Strafkammer Termin an. Mitten in der Beweis-erhebung hielt es aber der Angeklagte für ratsam, die Berufung zurückzuziehen, worauf dies auch dann seitens der Staatsanwaltschaft geschah. Das erstinstanzliche Urteil erlangte damit Rechtskraft.

Schöffengericht. In der denkbar übelsten Weise hatte der 1901 zu Dresden geborene, mehrfach vorbestrafte Arbeiter Walter Alfred Schmidt gegen Ende des vergangenen Jahres seine ehemalige Wirtin, eine Arbeiterin Höfling und deren Tochter, um fast die gesamte Wäsche, sowie um wertvolle Kleidungsstücke bestohlen, ihr auch sonst Sachen und einen Geldbetrag veruntreut und zu deren Nachteile auch Betrügereien verübt. Wegen einfachen und schweren Diebstahls im Rückfalle, Unterschlagung und Betrugs stand der anscheinend unverbesserliche Mensch vor dem Schöffengericht. Er trat vor Gericht frech auf und ließ auch sonst keinerlei Reue erkennen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus. Auch geht Sch. der bürgerlichen Ehrentreue auf die gleiche Zeit verlustig.

Zum Tode verurteilt. Das Magdeburger Schwurgericht verurteilte den landwirtschaftlichen Arbeiter Fritz Fuhrs, der auf der Landstraße Burg-Stege eine Frau ermordet hatte, zum Tode und dauerndem Ehrenrechtsverlust.

Zuchthaus für einen Justizbeamten wegen Attentats. Als Vorpiel zu den demnächst beginnenden großen Moabiter Attentatsprozessen verhandelte heute das erweiterte Schöffengericht gegen den Justizbeamten Paul. Der Angeklagte wurde wegen schwerer Urkundenvernichtung in Verbindung mit Attentatsuntersuchung zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Der Düsseldorf Regieschieberprozeß. Am vierten Verhandlungstag des Regieschieberprozesses brachten die Aussagen der Angeklagten weitere Enthüllungen. So ergab sich, daß ein Zug mit 82 beladenen Güterwagen, der dem Leutnant Dumay zum Transport nach Duisburg übergeben worden war, niemals in Duisburg angekommen ist (!). In einem anderen Falle verschwand ein Waggon Kupfer, der ebenfalls verschoben wurde. Nach der Aussage eines Angeklagten hat Leutnant Paschil 75 Ernemann-Objekte zum Verkauf nach Paris mitgenommen.

Zweimal zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Frankfurt a. M. verurteilte nach dreitägigen Verhandlungen den Kaufmann Willi Hermann aus Offenbach a. M. wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode, wegen Mordversuchs und Totschlagversuchs, je in einem Fall, zu einer Gesamtzuchthausstrafe von zehn Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Hermann hatte im Herbst v. J. aus vornehmlicher Liebe die 26jährige Kunstgilde Hüsnagel sowie deren 26jährige Schwägerin erschossen und die alte Frau Hüsnagel durch einen Streifschuß schwer verletzt.

Mit 70 Jahren wegen dreifacher Brandstiftung ins Zuchthaus. Das Glogauer Schwurgericht verurteilte den 70 Jahre alten Handwerker Braunniger aus Biebrun, Kreis Zagan, wegen Brandstiftung in drei Fällen zu insgesamt zwei Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Der Angeklagte hat nach dem Geständnis seines strafmündigen Entfels diesen dreimal zur Brandlegung angestiftet. In einem Falle ist eine ganze Bauernwirtschaft mit sämtlichen Wohn-, Stall- und Scheunräumen ein Raub der Flammen geworden.

Aus der Geschäftswelt. Unterhaltungs-Rundfunk.

Die Funktechnik ist gerade im letzten Jahre bedeutend fortgeschritten, so daß man heute schon mit verhältnismäßig geringen Anschaffungskosten hochwertige Geräte erster Firmen erwerben kann. — Im Publikum, das leider, weil falsch beraten, überzuteilt und irregeleitet wurde, ist dadurch eine zum Teil berechtignte Abneigung gegen den Rundfunk entstanden. — Der Kauf bleibt daher Vertrauenssache und man tut gut, sich von einem wirklichen Fachmann beraten zu lassen oder von denjenigen Firmen zu kaufen, die vermöge langjähriger Arbeit auf diesem Spezialgebiet über die nötige Erfahrung verfügen, und zwar Siemens & Halske A.-G. und C. Lorenz A.-G. Diese Firmen werden auch stets in der Lage sein, dem Käufer die nötige Unterstützung zu gewähren. Die Geräte und Preise sind im Schaufenster der Flora-Drogerie zu besichtigen.

Auf vielseitigen Wunsch findet Sonnabend, den 5., und Sonntag, den 6. Februar, eine Wiederholung der Darbietungen in Krippen (Hensels Kurbad) statt. — Ganz besonders wird auf die wundervoll übertragenen Orgelkonzerte und die Messe aus Prag hingewiesen.

Wasserstand im Monat Februar.

Datum	Elbe									
	Moldau	Sfer	Eger	Laun	Nimburg	Mel-nit	Leitmeritz	Ausfig	Dresden	Zschandau
3.	-92	+2	+19	+12	+43	+52	+54	+84	-63	-43
4.		+4		+13	+48	+50	+49	+82	-68	+2

Anmerkung: Ein plus bedeutet über 0, ein minus bedeutet unter 0.

Aus Stadt und Land.

Wertblatt für den 5. Februar.

Sonnenaufgang 7²⁹ | Mondaufgang 9²¹ U.
Sonnennuntergang 4⁵¹ | Monduntergang 9⁰⁸ U.
1881 Thomas Carlyle gest.

□ Anträge auf Stundung, Erlass und Niederschlagung der Hauszinssteuer sind, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, nicht an den preussischen Finanzminister, sondern in allen Fällen zunächst bei den Gemeindebehörden (Magistrat, Gemeindevorsteher usw.) zu stellen. Gegen die Entscheidung der Gemeindebehörden ist die Aufsichtsbefugnis gegeben, die beim Vorsitzenden des zuständigen Grundsteuerprüfungsausschusses (Katasteramt) anzubringen ist. Beschwerden gegen dessen Entscheidung sind an den Vorsitzenden des Grundsteuerprüfungsausschusses (Regierung, für Berlin Preussische Bau- und Finanzdirektion) zu richten. Erst wenn die Entscheidung dieser Stelle erfolgt ist, kann Beschwerde bei dem preussischen Finanzminister, der endgültig entscheidet, erhoben werden.

— Sammlung für die Dresdner ev.-luth. Diakonissenanstalt. In der nächsten Woche wird in Bad Schandau die vom Ministerium des Innern genehmigte Sammlung für die Dresdner ev.-luth. Diakonissenanstalt durchgeführt werden. An alle, die den Segen der Diakonissenanstalt kennen gelernt haben, sei es durch Aufenthalt in dem Krankenhaus der Anstalt oder durch Fühlung mit den Diakonissen, die früher in unserem Krankenhaus tätig waren oder mit der hiesigen Gemeindegemeinschaft, ergeht die herzliche Bitte, den sich ausweisenden Sammlerinnen, die aus Dresden stammen, ihre Spende anvertrauen zu wollen.

— Die Bekämpfung der Tuberkulose bei Jugendlichen. Das Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt veranstaltet am 11. und 12. d. M. in Dresden eine Tagung, in der die wichtige Frage der Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter besprochen werden soll. Der erste Tag ist lediglich für Ärzte (Fürsorge-, Schul-, Kinderärzte, Fachärzte für Lungenkrankheiten und Tuberkulose) zur Darlegung und Erörterung der wissenschaftlichen Fragen bestimmt. Am zweiten Tage (Sonnabend) soll im Kreise der Mitarbeiter der amtlichen und freien Wohlfahrtspflege ein planmäßiges Vorgehen auf diesem bedeutungsvollen Gebiete der Kinderfürsorge erörtert werden. Als Berichterstatter sind an beiden Tagen tätig Dr. Alexander, leitender Arzt der sächsischen Kinderheilstätte und der deutschen Heilstätte Ugra (fr. Davos), Professor Dr. Bessau, Direktor der Universitäts-Kinderklinik in Leipzig, Privatdozent Stadiemidizinalrat Dr. Saupe, Dresden, und Professor Dr. Thiele, Dresden. Die Teilnahme ist kostenlos, vorherige Anmeldung beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium jedoch nötig.

— Postchecks als Zahlungsmittel. Nach einer von der Oberpostdirektion Chemnitz an die Handelskammer gegebenen Mitteilung hat die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ihre Kassen angewiesen, von nun an Postchecks unter den gleichen Voraussetzungen anzunehmen, unter denen die Annahme von Bankchecks erfolgt, d. h. wenn Zuverlässigkeit, Vertrauenswürdigkeit und hinreichend sichere wirtschaftliche Lage des Gewerbetreibenden außer Zweifel stehen.

— Abmeldung vom Religionsunterricht. Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Dresden hat in einem Urteile vom 22. Dezember 1926 die Ansicht vertreten, daß die Verordnung des Ministers für Volksbildung vom 13. März 1925 mit der Reichsverfassung insoweit in Widerspruch stehe, als sie Abmeldungen der Schüler vom Religionsunterricht ohne weiteres in der Regel nur zu Beginn eines Schulhalbjahres, während des Schulhalbjahres dagegen nur aus wichtigen Gründen und mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zuläßt. Das Ministerium für Volksbildung behält sich in einer jetzt herausgegebenen Verordnung eine endgültige Entscheidung über eine etwaige Änderung der Verordnung vom 13. März 1925 vor, bis die strittige Frage vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus im Einvernehmen mit der Reichsregierung und den Regierungen Preußens und Bayerns, wo die Regelung in gleicher Weise erfolgt ist, noch weiter geklärt sein wird. Inzwischen sind Erziehungspflichtige und Lehrer in geeigneter Weise zu verständigen, daß es aus schultechnischen Gründen unbedingt erwünscht ist, Erklärungen über Teilnahme der Schüler am Religionsunterricht und über seine Erteilung durch die Lehrer nur zu Beginn eines Schulhalbjahres abzugeben. Im übrigen will das Ministerium vorbehalten, die endgültige Entscheidung bis auf weiteres geschehen lassen, daß Abmeldungen, die unter Berufung auf Art. 135 der Reichsverfassung auch während des Schulhalbjahres abgegeben werden, nicht entgegengetreten wird. Bestrafungen wegen Fernbleibens vom Religionsunterricht haben in diesen Fällen bis auf weiteres zu unterbleiben.

— Der Arbeitsmarkt in Sachsen. Ueber die Arbeitsmarktlage berichtet das Landesamt für Arbeitsvermittlung: Obwohl auf dem Arbeitsmarkte nach wie vor starke Bewegungen vor sich gehen, hat sich doch an dem Gesamtverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage (durchschnittlich 13 000 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen!) wenig geändert. Das Angebot ist seit Mitte Januar nicht mehr fühlbar gestiegen. Die Nachfrage zeigt, abgesehen von den vorübergehend wieder stark behinderten Außenberufen, im ganzen eine leicht steigende Tendenz. Bei einer solchen Lage tritt die seit Monaten zu beobachtende außerordentlich gesteigerte Fluktuation auf dem Arbeitsmarkte besonders deutlich in Erscheinung. Die Schwankungen im Auftragsbestand bei der weiterverarbeitenden und bei der Verbrauchsgüterindustrie werden seit einiger Zeit in einem bisher nicht gekannten Maße der Auswirkung auf dem Arbeitsmarkte sofort erkennbar. Der Anteil der sogenannten kurzfristigen Nachfrage an der Gesamtnachfrage ist wesentlich gestiegen. Die Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise ist daher auch bei einem an sich so ungünstigen Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wie jetzt sehr bedeutend. Sie ist gegen frühere Zeiten mit gleichartigem Spannungsverhältnis gestiegen. Diese Tatsache hat jedoch nicht nur quantitative Bedeutung, sondern hat auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen besonderer Art. Je stärker die öffentlichen Arbeitsnachweise auch bei den kurzfristigen Arbeiten vermittelnd tätig sind, desto besser gelingt es, die oft zu knappe Decke des Bedarfes an Arbeitskräften auf das hohe Gesamtangebot an Arbeitskräften zu verteilen und die Dauer der Erwerbslosigkeit bei den einzelnen Arbeitskräften durch Zuweisung in vorübergehende Arbeit zu unterbrechen.

— Probealarm für ein Eisenbahnunglück. Auf Ersuchen der Reichsbahn, die für heute nachmittag die Presse zur Besichtigung der Eisenbahnstrecke Dresden-Bodenbach und zur Aufklärung über die Sicherheitsmaßnahmen auf der Eisenbahn eingeladen hatte, wurden nachmittags 4 Uhr durch den hiesigen Stadtrat die Freiwillige Feuerwehr und die Sanitätskolonnen durch das Sirenenignal „Landfeuer“ alarmiert. Die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn hatte in der Nähe der Stadt eine Eisenbahnkatastrophe angenommen. Näheres über den Verlauf der Übung fehlt noch.

— Zunahme der Spartätigkeit in Sachsen. Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes über den Verkehr bei den sächsischen Sparkassen im IV. Vierteljahr 1926 und im ganzen Jahre 1926 betrug die Zahl der Sparkassen Ende 1926, wie Ende 1925 346. Die Ein- und Rückzahlungen in 321 306 Fällen im Betrage von 47 154 233 RM.; Rückzahlungen in 103 026 Fällen gegen das Vorvierteljahr die Fälle der Einzahlungen von 301 438 auf 321 306 und die der Rückzahlungen von 81 222 auf 103 026 gestiegen. Das starke Ansteigen der Rückzahlungen im Monat Dezember ist auf das Weihnachtsgeld zurückzuführen, eine Erscheinung, die alle Jahre wiederkehrt. Infolge der vermehrten Fälle der Rückzahlungen beträgt der Einzahlungsüberschuß im IV. Vierteljahr nur 19 860 165 RM., im Vorvierteljahr 25 613 693 RM.; während des gleichen Zeitraumes des Vorjahres betrug er aber nur 10 944 878 RM. Das Einlegergut haben, das Ende September 149 338 011 RM. betrug, weist am Schlusse des Berichtsvierteljahres einen Bestand von 169 876 597 RM. nach, während es sich am Jahreschlusse 1925 nur auf 72 555 416 RM. stellte. Es hat sich demnach innerhalb Jahresfrist um rund 134 Prozent erhöht. Nach vorstehender Aufstellung macht die Spartätigkeit wieder erfreuliche Fortschritte, nachdem sie in der Inflationszeit fast völlig erloschen war. Seit der Einführung einer wertbeständigen Währung im November 1923 ist der Sparförm wieder erwacht und das Vertrauen zu den Sparkassen zurückgekehrt. Jedoch beträgt das Einlegergut haben auf den Kopf der Bevölkerung Ende 1926 erst wieder 34,03 RM. gegen 396,— RM. Ende 1913.

— Röntgenstein. Hier ist in der Nacht vom 28. zum 29. Januar 14,48 Uhr ein Meteor beobachtet worden, das aus dem Saar der Venetia aus OSO-Richtung gekommen sei und sich nach hellleuchtender langer Bahn von weißlich-grünlich-blauem Schein unter dem Schwanzstern des großen Bören in viele Teile aufgelöst habe. Die Straße sei davon hell erleuchtet gewesen. — Weitere Mitteilungen werden an das Planetarium erbeten. Sollten noch mehrere Meldungen eingehen, so könnte unter Umständen die Bahn des Meteors berichtigt werden.

— Hinterhermsdorf. Kinder finden auf einem Schutthaufen eine Gasgranate. Vor einigen Tagen wurde auf einem Schutthaufen im Hinterhermsdorfer Forstrevier eine Gasgranate der Feldartillerie von Kindern eines Forstbeamten gefunden und zur Vermeidung eines Unglücks von Forstbeamten gesprengt.

— Wildbruff. Schulschluß wegen Masern. Wegen epidemisch auftretender Masern mußte gestern im benachbarten Raubach die Schule zunächst auf 8 Tage geschlossen werden.

— Froberg. Opfer der Arbeit. Im Braunkohlenwert Bahna verunglückte der Baggerführer Paul Wagner. Er war im Begriff, eine Kohlenwand zu säubern, als diese nachgab, ihn verschüttete und mit solcher Wucht gegen den Bagger warf, daß der Tod sofort eintrat.

— Pobershau. Bei dem siebenten Kinde des Friseurs Reichel in Pobershau — sämtlich Jungens! — hat der Reichspräsident die Patenschaft übernommen.

— Chemnitz. Schweres Unglück. Dienstag abend fuhr hier ein Kraftwagen gegen einen mit Holz beladenen Handwagen der Heilsarmee, der von drei Arbeitern gezogen wurde. Diese wurden zu Boden geschleudert und schwer verletzt. Der eine von ihnen ist noch am selben Tage seinen schweren Verletzungen erlegen.

— Stollberg i. Erzgeb. Verunglückter Fallschirmabspflug. Bei dem am Sonntag in Stollberg abgehaltenen Flugtag ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wird, ein schwerer Unfall. Der Pilot H. Unger hatte aus 100 Meter Höhe einen Fallschirmabspflug unternommen und wegen des stürmischen Wetters eine in der Mitte des Schirms angebrachte Klappe geöffnet, um schneller herunterzukommen und nicht allzu weit abgetrieben zu werden. In Höhe von etwa 30 Metern geriet der Pilot in einen Luftsack, d. h. der Fallschirm fand infolge Windstille sehr geringen Widerstand und Unger stürzte mit großer Geschwindigkeit ab. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und erhebliche Verletzungen im Gesicht. Es war der 23. Abspflug des Piloten.

— Oberwiesenthal. Rekordbesuch in Oberwiesenthal. Der Besuch Oberwiesenthals am letzten Sonntag grenzte fast an Unglaubliches. Schon am Sonnabend kamen sämtliche Jagd- und Hilszüge überfüllt an und es war unmöglich, alle Ankommenenden, die nicht vorher Quartier bestellt hatten, unterzubringen. Es muß deshalb immer wieder aufmerksamer gemacht werden, sich vorher Quartier zu bestellen. Selbst die Nachbarorte bis 8 Kilometer Entfernung sind mit besetzt. Die Sportzüge am Sonntag vormittag brachten wiederum ungeheure Menschenmassen. Das Sportgelände war schon vormittags von Sportlern dicht bevölkert. Man kann insgesamt die Personenfrequenz am Sonntag auf zirka 10 000 Personen schätzen.

— Delsnig. Geführt. Der nach seiner Vernehmung am Freitag voriger Woche wegen Verfehlung im Amte verhaftete Leiter des Wohnungsamtes Delsnig, D. Dürigen, hat sich in seiner Zelle des Untersuchungsgefängnisses erhängt.

— Plauen. Tödllich überfahren. Am Dienstag abend wurde der 63jährige Hilfsarbeiter Rudolf Eardt von hier von einem Personentransportwagen der Reichspost angefahren und so schwer verletzt, daß er noch in der Nacht an den erlittenen Verletzungen verstarb.

— Leipzig. Vom Zug überfahren. Am 1. Februar nachmittags ist auf Greifhüher Flur auf der Leipziger Straße an dem Bahnübergang ein Händlerfuhrwerk von einem Eisenbahnzug überfahren worden. Der Führer kam mit dem Schrecken davon. Das Pferd wurde getötet, der Wagen nur leicht beschädigt. Der Unfall scheint auf die Unaufmerksamkeit des Geschirrführers zurückzuführen sein.

— Leipzig. 19 000 Wohnungsuchende in Leipzig. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde bekanntgegeben, daß nach der letzten Wohnungszählung in Leipzig 19 000 sich als Wohnungsuchende eingetragen und daß 17 000 keine eigene Wohnung haben. Damit ist Leipzig hinsichtlich der Wohnungsnot an erster Stelle unter den Städten Sachsens.

Letzte Drahtmeldungen.

Das Pariser Echo der Regierungserklärung.
Paris, 4. Februar. Die gestrigen Ausführungen Graf Westarps im Reichstag werden von der französischen Rechtspreffe als eine Abchwächung der Bedeutung der deutschen Regierungserklärung dargestellt. Das nationalistische Journal kann sich nicht der besonderen Bedeutung der Stelle der deutschen Regierungserklärung entziehen, die sich auf die auswärtige Politik des Reiches bezieht und die Ablehnung der Revanche-Idee ausdrückt. Dieser Passus der Regierungserklärung nämlich beraubt die französischen Rechtsparteien ihres bevorzugtesten Argumentes gegen die deutsch-französische Annäherung. Der rechtsstehende, von Millerand beeinflusste Avenir weiß dann auch keine andere Bemerkung zu machen, als daß die deutsche Regierungserklärung äußerst geschickt abgefaßt wäre. Der katholische royalistische Gaulois behauptet, daß Briand und Dr. Marx mit schönen Phrasen versuchten, den Hauptunterschied zwischen Deutschland und Frankreich in der Annäherungspolitik zu verschleiern. Während Deutschland unter der Annäherungspolitik die Räumung des Rheinlandes meine, verstehe Frankreich weitere Garantien für seine Sicherheit. Dieses Spiel werde zu einer argen Enttäuschung führen. Der radikale Matin schweigt sich aus und sagt bisher nur, daß die Ausführungen Graf Westarps etwas störend wirkten. Die Linkspresse ist verärgert und geht auf die deutsche Regierungserklärung nur wenig ein. Sie macht den deutschen Rechtsparteien die bittersten Vorwürfe, daß sie den deutschen Rechtsparteien durch „ihre geschickten Manöverieren“ wieder zur Macht verholfen hätten.

Den Schwiegervater erschossen.
Halle, 4. Februar. In Helfsta tötete nach vorausgegangenen Familienstreitigkeiten ein Bergmann seinen Schwiegervater durch zwei Revolverkugeln in den Kopf. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet.

Entmen schte Eltern.
Paris, 4. Februar. In der Stadt Mayet haben ein Holzfnecht und dessen Frau ihr neugeborenes Kind lebendig begraben. Das Ehepaar, das auch eines seiner anderen Kinder arg mißhandelt hat, wurde verhaftet.

Verhaftung einer polnischen Verbrecherbande.
Paris, 4. Februar. Hier wurde eine polnische Verbrecherbande verhaftet, die es auf die Beraubung der eigenen Landsleute abgesehen hatte. Der Führer der Bande ist ein mehrfach vorbestraftes Individuum namens Jakob Wyzjad, genannt der Chineser.

Aus den Lichtspielhäusern.
— In dem Film „Rosen aus dem Süden“, der in den Sagonia-Lichtspielen ab Freitag bis mit Montag und in den Lichtspielen Wendischfähre (Carolabrücke) am Sonntag gezeigt wird, hat die berühmte Filmschauspielerinnen Henny Porten die Hauptrolle inne. Schöne Natur- und Gesellschaftsaufnahmen, zu Herzen gehende Szenen und pridelnde Bilder werden auf der Leinwand erscheinen. Der Besuch ist empfehlenswert. (S. auch Anzeige.)

Aus dem Vereinsleben.
Morgen Sonnabend feiert der Schiffer-Verein für Bad Schandau und Umgegend in den Räumen des Schützenhauses-Bad Schandau sein Stiftungsfest, worauf hiermit nochmals hingewiesen sei. Es ist die einzige Veranstaltung des Vereins, welche er alljährlich seinen Mitgliedern bietet. Die Vereinsleitung hofft, daß die Beteiligung, wie in den Vorjahren, so auch dieses Jahr, eine recht rege sein möge. Für entsprechende Unterhaltung und Abwechslung ist Sorge getragen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß der Verein, dessen Gründung bereits 1860 erfolgt ist, lediglich Unterstützungszwecken dient.

Aus der Tschechoslowakei.
Raubüberfall.
Wartsdorf. Ein Raub bei hellstem Tage wurde, wie aus Benfen geschrieben wird, am verfloffenen Sonnabend im Hause des Arbeiters Weber in Hermersdorf verübt. Während der Mann in Bodenbach seiner Arbeit nachging, drang ein Unbekannter in das Haus ein. Er festelte die Frau, die geknebelt und besinnungslos, dem Räuber keinen Widerstand leisten konnte. Er durchstöberte das ganze Haus, fand aber nur einen Geldbetrag von 50 Kronen, mit dem er die Flucht ergriff. Die Ueberfallene wurde erst einige Zeit später aus ihrer unangenehmen Lage befreit. Nach ihrer Beschreibung ist der Räuber ein kräftiger Bursche, gut gekleidet, und zwar mit einem grauen Anzug. Die Frechheit des Räubers war um so größer, als das Haus Webers nur einige Schritte weit von anderen Häusern entfernt steht.

Blutige Raube für die Schwester.
U. i. B. In der Nacht zum Montag stieß ein junger Mann einem 18jährigen Gastwirtssohne, dem Geliebten seiner Schwester, auf der Straße einen Hirschfänger in die Brust, was den sofortigen Tod des Betroffenen zur Folge hatte. Der Täter hatte seine Schwester rächen wollen, weil der Erstgeborene die Patenschaft ihres Kindes in Abrede stellte.

Eine Schwebbahn zur Spindlerbaude.
Prag. Die Gemeinde Spindelmlühle im Riesengebirge erhielt vom Eisenbahnministerium die Genehmigung zur Vornahme der vorbereitenden technischen Arbeiten für den Bau einer Schwebbahn von Spindelmlühle zur Spindlerbaude. Mit den notwendigen Arbeiten wird bereits in der nächsten Zeit begonnen werden.

Ein Kahn gestohlen.
In Wannow bei Lusig wurde in den verfloffenen Tagen ein Kahn mit dem Namen „Edith“ gestohlen. Derselbe ist schwarz lackiert und hat blaue Reifen, ist 5 Meter lang und dreißig und trägt zwei Ruder. Der Dieb ist unbekannt.

Frische grüne Seringe
eingetroffen, Pfund 18 Pfg. Emil Pfau.

Verkehrstagung in Pirna

Der Verkehrsverband für die Sächsische Schweiz und das östliche Erzgebirge hielt am Mittwoch nachmittag in Pirna eine Verkehrstagung ab, der u. a. auch Vertreter der Amishauptmannschaft Pirna, der Oberpostdirektion Dresden und der in Frage kommenden Gemeinden beiwohnten. Der 1. Vorsitzende des Verbandes, Stadtrat Kind, eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten, besonders auch an Amisgerichtsrat Dr. Bartisch, den Vorsitzenden des Dresdner Verkehrsvereins, der nun auch Mitglied des Verkehrsverbandes für die Sächsische Schweiz ist.

Dann wurde in die Verhandlungen eingetreten. Zunächst handelte es sich um

Reichsbahnangelegenheiten.

Linie Pirna—Dresden. Es wurde getagt, daß nachts zwischen 11 und 5 Uhr früh kein Vorortzug nach Dresden geht, und gewünscht, dahin zu wirken, daß der Fernzug, der Pirna 11.25 Uhr verläßt, von da an auf allen Stationen hält, und daß der 11.30 Uhr abgehende letzte Zug erst 12.30 Uhr geht. Weiter wünschte man, daß der letztgenannte Zug nicht ab Pirna, sondern ab Bad Schandau oder Schöna (mindestens Sonntags von Schöna) verkehrt. Dann wurde betont, daß der Abendzug 10.15 Uhr ab Pirna bis Bad Schandau durchgeführt wird.

Weiter wurde betont, daß das obere Elbtal Anschluß an den Schnellzug nach Berlin haben muß. Gegebenenfalls soll ein Triebwagen eingesetzt werden. — Dann wurde der Wunsch laut, daß der Zug, der 7 Uhr 52 Min. früh in Dresden eintrifft, so fährt, daß die Ankunft 10 oder wenigstens 5 Minuten früher stattfindet, damit die Schüler und Angestellte um 8 Uhr ihr Ziel erreichen können. — An das Wirtschaftsministerium, die Handelskammern und die Generaldirektion der Reichsbahn sind Gesuche abgegangen, die Arbeiterzüge günstiger zu regeln. — Was die Verwaltungsonderzüge und deren Halten an bestimmten Stationen anbelangt, so empfahl der Vorsitzende, daß sich die betreffenden Gemeinden an die Besteller zu wenden hätten. — Weiter

gab man dem Wunsche Ausdruck, daß der 6 Uhr 15 Min. abends von Dresden verkehrende Werktagzug auch an Sonntagen verkehrt, und daß der 3 Uhr 13 Min. nachm. von Dresden abgehende Zug bis Schöna, mindestens Sonnabends, fährt.

Kraftwagenverkehr.

Zunächst wurde rege für eine Linie Pirna—Rosenthal—Schweizermühle neben der Linie Königstein mit gleichem Ziel eingetreten, da die Staatsstraße Pirna—Tetschen in gutem Zustande sei und nur eine Stelle Schwierigkeiten biete, die aber jetzt beseitigt werden. Man beschloß, an die Reichspost heranzutreten, noch mit Eintritt des Sommerhalbjahres diese Autobusse verkehren zu lassen, und zwar das ganze Jahr hindurch.

Bei der Linie durch das Bahrtal werden voraussichtlich Wagen kleineren Typs eingeführt. — Für die Strecke Pirna—Heidenau—Lodwitz—Dresden wird ein Kraftwagenverkehr gewünscht; aber es ist zweifelhaft, ob der Wagen über Lodwitz geführt werden kann. — Der gewünschte Verkehr Pirna—Struppen—Königstein wird zunächst nur bis Struppen möglich sein, bis Königstein allerdings nur im Sommer. — Auch Pilsnitz wünscht wieder Kraftwagenverkehr nach Pirna, der voraussichtlich über Birkwitz nach Pragschitz eingerichtet wird, und zwar mit Wagen von kleinem Typ. — Schließlich wurde die Strecke Arnsdorf—Stolpen noch besprochen und die Weiterführung nach Neustadt und Langenwolmsdorf gewünscht.

Dampfschiffverkehr.

Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft hat für den Sommerfahrplan 11 Fahrten stromab und 11 Fahrten stromauf vorgegeben, ferner zwei Eildampferfahrten, darunter den Dampfer „Dresden“ mit einer Kapelle an Bord, der aber vor Herrnskreischen wieder wenden muß, weil die tschechoslowakischen Behörden nicht genehmigten, daß auf böhmischer Strecke Speisen und Getränke aus Sachsen verabreicht werden. — Was den Frachtenverkehr anbelangt, so sind Frachtschnelldampfer Hamburg—Dresden eingerichtet; es wurde der Wunsch laut, der Schnellfrachtenverkehr möchte über Dresden hinaus bis Bad Schandau—Schöna erweitert werden.

Post- und Fernsprecheinrichtungen.

Ein langer Meinungsaustrausch entspann sich über die Kosten und über automatische Anschlüsse. Laute Klagen wurden aus den meisten Orten der Sächsischen Schweiz erhoben. Wehlen z. B. hat Fernsprecheverkehr bis abends 7 Uhr trotz des starken Sommerfrischerverkehrs und der vielen Schweizerbesucher. In Stolpen kann von 6 Uhr abends an niemand mehr telefonieren. Ein Vertreter des Roten Kreuzes und der Rettungsgesellschaften erwähnte, daß bei Unfällen gar nicht möglich sei, die Rettungsgesellschaften herbeizurufen, weil der Fernsprecheverkehr ruht. Das sei ein bedenklicher Zustand. Der Vertreter der Reichspost betonte, daß sie alle Wünsche erfüllen könne, wenn die Kosten von den Gemeinden und Privaten aufgebracht werden. Es wurde beschloffen, an die Reichspost heranzutreten, daß von zentral gelegenen Orten, in denen starker Fremdenverkehr herrscht, und in den Sommerfrischen der Fernsprecheverkehr wenigstens von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends ermöglicht wird.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende noch mit, daß die Verbreiterung der Pirnaer Elbbrücke dringend geboten sei, daß der viergleisige Ausbau der Strecke Pirna—Dresden beschleunigt werden müsse, daß die Amishauptmannschaften ihr Augenmerk auf Verbesserung der Straßen von der Lausitz und Tschechoslowakei her richten wollen, daß Rundflüge in Aussicht genommen seien, die Ufer- und Höhenbeleuchtungen ausgestaltet und in verschiedenen Orten Ortsfestspiele aufgeführt werden sollen. Ferner plant man, den Massenbesuch bei Verwaltungszügen so zu regeln, daß die Besucherzahl verteilt und ihnen an den verschiedenen Stationen (auch beim Dampfschiffverkehr) Führer gestellt werden, die die Massen in Gruppen teilen und so leiten, daß Ueberfüllungen vermieden werden.

Der Verkehrsverband für die Sächsische Schweiz und das östliche Erzgebirge veranstaltet auf der Leipziger Messe eine Ausstellung von Bildern, die den Besuchern der Messe einen Einblick in die Schönheiten des Verbandsgebietes geben sollen.

Gewerbsgehilfen-Fortbildungs-Berein „Union“, Bad Schandau veranstaltet Sonntag, den 6. Februar, im Saale des Schützenhauses einen

öffentlichen Theaterabend

Wiederholung des gut gelungenen Theaterstückes

„Mein Leopold“

Vollstück mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) von Adolph L'Arronge
Einlaß 7 Uhr / Sperris 1,50 Mt., 1. Platz 1 Mt., 2. Platz 0,85 Mt. / Anfang 8 Uhr

Nach dem Theater gemütliches Tänzchen

Vorverkauf bei E. Eißner, am Markt

Am zahlreichen Besuch bitten

der Vorstand

der Wirt

Rabattmarken!

Am 7. Februar, abends 8 Uhr, findet eine Zusammenkunft aller Interessenten des Rabattsparsvereins im Hotel „Lindenhof“ statt. Es wird um zahlreiche Beteiligung aller Berufskreise gebeten. Der Einberufer

Viktoria-Keller

Sonntag, den 6. Februar

Skat-Turnier

Anfang 1/2 Uhr

Um zahlreiche Beteiligung bittet das Komitee

Empfehle für morgen Sonnabend

Prima Schellfisch, Cabliau sowie feinste Fettbündlinge und echte Kieler Sprotten
Emil Müller

Ski-, Berg-, Fußball- und Wander-Stiel

erstklassig und sportgerecht, empfiehlt preiswert
Franz Hajeks Wwe., Kirchstraße 250

Werbekräftige Druckladen

liefert in kürzester Zeit die

Buchdruckerei der Sächsischen Elbzeitung

Billig zu verkaufen:

Ein neuer

Hand-Safeltwagen

mit Auffahrbrettern 0,90x1,56 m, ca. 400 kg Tragkraft, sowie eine neue

Vorspannwage

mit Knebelklappen

W. Rasche, Schmiedemeister, Krippen

Verloren

vom Markt bis Hindenburgstraße eine

weiße Hoblfaumdecke

Gegen Belohnung abzugeben. i. d. Sächsischen Elbzeitung

Uhren u. Goldwaren

in reicher Auswahl

Günstige

Zahlungsbedingungen

Reparaturen sauber u. billig

M. Hajek, Kirchstr. 29

—————

Gut erhaltene

Zeitungen

Nr. 27

werden zurückgekauft

Sächsischen Elbzeitung

Täglich

frisch marinierte

Seringe

empfehlen

Curt Martin

Speisekartoffeln

von bekannter Güte sind

eingetroffen

Lierisch,

Kartoffelhandlg., Markt 22

Herb- und Ofenbau

in bekannt. Qualitätsarbeit

Fr. Finke, Wendisch-

fähre

Ruf 185 Amt Bad

Schandau ob. d. Postkarte

—————

Zeitungs-Ausgabe

nur bis 6 Uhr

abends

Saxonia-Lichtspiele, Bad Schandau

Rosen aus dem Süden

Ein Vorspiel und 5 Akte v. Walter Supper u. Hans Oberländer

In der Hauptrolle:

Senny Porten

Beiprogramm: 2 Lustspiele, je 2 Akte

Gwennie hat Jachtfieber

Brownie als Kinderfreund

dazu zwei Naturfilme

Emelka-Wochenschau

Spielzeit der Saxonia-Lichtspiele:

Ab Freitag bis mit Montag abends 8 Uhr, Sonntag 5 und 8 Uhr

Spielzeit Wendischfähre nur Sonntag 1/2 Uhr

Lichtspiele Wendischfähre



Milchvieh-Verkauf

Morgen Sonnabend und Sonntag steht wieder ein freier Transport junger schwerer hochtragender

Kühe und Kalben

in den Stallungen des Hotels „Zur Sonne“ in

Neustadt i. Sa., preiswert zum Verkauf

Max M a a z, Krumhermsdorf

Telefon: Neustadt Nr. 208

Feinsten Raffeler Rippensteak

mild und zart, Pfund 1,80 Mt.

empfehlen

Emil Müller

Die Anzeige ist das beste Werbemittel

Kirchliche Nachrichten.

Stadtkirche zu Bad Schandau. Am 5. Sonntag n. Epiph. vorm. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Stephan; 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst: derselbe; abends 6 Uhr Abendgottesdienst mit Beichte und hl. Abendmahl: Pfarrer Stephan. — Montag, abends 8 Uhr Frauenverein Bad Schandau und Wendischfähre: Vortrag von Fräulein Ehrhold über „Muttergedanken bei Pestalozzi“. — Donnerstag, abends 1/2 9 Uhr Bibelstunde in Postelwitz 33: Pfarrer Giebner.

Parochie Porsdorf. Sonntag, 6. Febr., 9 Uhr Gottesdienst, 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. — Dienstag, 8. Februar, abends 8 Uhr Frauenverein bei Pallaunns: Vortrag von Fräulein Ehrhold über „Muttergedanken bei Pestalozzi“.

Parochie Lichtenhain. Sonntag, den 6. Februar, vorm. 9 Uhr, Predigtgottesdienst, 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. — Mittwoch, den 9. Februar, 8 Uhr Bibelstunde.

Parochie Reinhardttsdorf. Sonntag, 6. Februar, vorm. 1/2 10 Uhr Gottesdienst, anschließend Kindergottesdienst, 1/2 2 Uhr Taufgottesdienst in Reinhardttsdorf.

Katholische Marienkapelle Bad Schandau. Sonntag, den 6. Februar: 1/2 11 Uhr hl. Messe und Predigt.

Spielplan des Residenztheaters Dresden

Von Sonntag, den 6. Febr., bis Sonnabend, 12. Febr., jeden Abend 1/2 8: „Die Zirkusprinzessin“. Außerdem Sonntag, den 6., Mittwoch, den 9., und Sonnabend den 13. Febr., nachm. 1/2 4 Uhr: „Schneeveichchen und Rosenrot“, kleine Preise.

Kostenlos

können Sie das

Dresdner Adressbuch

einsehen in der Annahmestelle für den

Dresdner Anzeiger

Kaufmann A. Knüpfel, Bad Schandau

Bastelplatz

Briefumschläge

werden schnellstens angefertigt in der Sächs. Elbzeitung